

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Es beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3389.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 A.
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Verammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Wirkt unablässig für den weiteren Ausbau des Verbandes!

Lohnbewegung.

Satzung ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Frankenthal (Werkhütte von Dornigshof), Eisenberg i. S.-A. (sämtliche Stuhlfabriken), Kassel (Werkhütte Preuss.); Gölitz (Röbelfabrik von Böhmner & Lehmann); von Röbelschreibern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Sofmöbelfabrik von Schneider & Hanau); von Knopfmachern nach Schwölitz S.-A. (Fabrik von Krug & Co.); von Bürstenmachern nach Barmen (Werkhütte von P. Wolff); von Korbmachern nach Braze.

Die Arbeitslosigkeit in amtlicher Beleuchtung.

B. Schon seit Jahren hat die organisierte Arbeiterschaft nach einer durch das Reich veranstalteten Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit verlangt. Bei den immer wieder auftretenden Bestrebungen einzelner Arbeiterverbände für die Einführung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit muß es allerdings auch Bedingung sein, zu wissen, wie viel Berufsgeossen überhaupt unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Bei den zu diesem Zweck veranlaßten statistischen Aufnahmen der einzelnen Organisationen konnte ein genaues Bild über diese Verhältnisse nie erzielt werden. Aus allen Organisationen werden als Resultat derartiger Umfragen immer wieder die durchaus ungenügenden Beantwortungen der Anfragen betont, weil doch die Ausfertiger der Fragebogen, trotz genauester Präzisierung, immer noch eine andere Auffassung hatten, weil aber die statistischen Aufnahmen, auch der größten Organisation, bei Weitem nicht alle Berufsgeossen umfassen kann, und weil wir gerade diejenigen Kreise der Berufsgeossen nicht erreichen, die am meisten durch die Arbeitslosigkeit betroffen werden. Und doch wurde von den Gegnern der Bestrebungen der Arbeiterklasse diesen statistischen Aufnahmen immer noch der Vorwurf tendenziöser Aufbauschungen gemacht; kein Wunder, denn solche ehrlich meinende Gegner tappten über den wahren Umfang der Arbeitslosigkeit im Dunkeln; sie sahen immer nur einzelne Arbeitslose, daß es aber ein ganzes Heer war, konnten sie nicht fassen. — Durch die am 14. Juni 1895 anlässlich der Volkszählung in Deutschland aufgenommenen Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit und über die Verhältnisse der Arbeitslosen ist einigermaßen der Nebel zerrissen und zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit die Verwüstung, die die Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Elend über Hunderttausende von Arbeitern und ihren Angehörigen bringen. Der amtliche Bericht über die „beschäftigungslosen Arbeitnehmer am 14. Juni und am 2. Dezember 1895“ ist kürzlich erschienen. Anlässlich der am 2. Dezember erfolgten Volkszählung hat auf besondere Veranlassung des Reichstags ebenfalls eine Umfrage nach der Arbeitslosigkeit stattgefunden, die allerdings nicht nach einzelnen Berufen gesondert war; der amtliche Bericht hat daher die Zahl der einzelnen Berufe nach der am 14. Juni aufgenommenen Statistik verhältnismäßig angenommen.

Die Statistik umfaßte alle männlichen und weiblichen Arbeiter (Dienstboten, Gesellen und auch Hausindustrielle und Heimarbeiter, mit Ausschluß der dauernd und völlig Erwerbsunfähigen).

Darnach belief sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen:

	14. Juni	2. Dezember
a) wegen vorübergehender Erwerbsunfähigkeit (Krankheit).....	120348	217365
b) aus anderen Gründen.....	179004	553640
Insgesamt.....	299352	771005

Ein Schreckenschauder muß angesichts dieser Zahlen dem amtlichen Berichtsteller überlaufen sein; man glaubt wenigstens, konstatieren zu müssen, daß die gewonnenen Ziffern die Maximalziffern seien und die Zahl der wirklich Arbeitslosen niedriger veranschlagt werden müsse.

Nach dem vorläufigen Resultat der Volkszählung am 2. Dezember 1895 beträgt die Einwohnerzahl Deutschlands 52 246 589. Hiervon sind also nach der amtlichen Statistik im Sommer 0,58 Prozent, im Winter aber 1,48 Prozent arbeitslos. Den größten Antheil an der Arbeitslosigkeit sowohl im Sommer wie im Winter hat die Berufsabtheilung Industrie aufzuweisen. Es waren in der Industrie am 14. Juni 6 506 845 und am 2. Dezember 6 567 500 Personen beschäftigt, von denen am 14. Juni 1 670 009, am 2. Dezember 3 914 71 Arbeiter beiderlei Geschlechts arbeitslos waren. Ihren ganzen erschreckenden Inhalt aber erhalten diese Zahlen erst, wenn man sich vergegenwärtigen kann, wie lange die Arbeitslosigkeit gedauert hat. Auch hierüber erhalten wir amtliche Auskunft.

Am Zähltag waren arbeitslos	Personen	
	4. Juni	2. Dezember
seit 1 Tag.....	3237	19213
2-7 Tagen.....	29461	94678
8-14 Tagen.....	61591	199806
15-28 Tagen.....	35263	131821
29-90 Tagen.....	71229	189884
91 und mehr Tagen.....	43305	81624
Unbekannt.....	49266	54184
Summa ..	299352	771005

Der größte Theil der Beschäftigungslosen war am 14. Juni 29-90 Tage arbeitslos, nämlich 71 229. Denselben Zeitraum waren am 2. Dezember 189 884 Personen ohne Beschäftigung, von denen vorübergehend beschäftigungslos (krank) waren 31 831 resp. 57 074.

Von der größten Wichtigkeit für die Beurtheilung des Elends, daß die Arbeitslosigkeit über große Massen der Arbeiter und ihre Angehörigen bringt, ist die Frage nach der Anzahl der nicht erwerbsfähigen Angehörigen. Die amtliche Statistik stellt zunächst fest, daß von den ermittelten Arbeitslosen

	14. Juni 1895			2. Dezember 1895		
	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.
ledig.....	118204	69577	177781	262633	123544	386177
verheiratet....	91388	8422	99810	266356	40238	306594
verwitwet oder geschieden....	9011	12750	21761	24589	40845	65434

waren, von denen im Juni 104 520 und im Dezember 317 282 einen eigenen Haushalt hatten, bei denen im Juni 67 625 Ehefrauen, 126 750 Kinder unter 14 Jahren und 18 816 sonstige nicht Erwerbsfähige zu versorgen waren. Im Dezember wurden 217 727 Ehefrauen, 426 280 Kinder unter 14 Jahren und 59 239 sonstige nicht Erwerbsfähige Familienangehörige von der Arbeitslosigkeit ihrer Ernährer betroffen.

Die statistischen Ergebnisse, wie sich die Arbeitslosen auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilt, müssen wir hier übergehen, trotzdem auch sie recht interessante Schlaglichter auf die sozialen Verhältnisse werfen. Erwähnt soll nur werden, daß die Arbeitslosigkeit in den Bundesstaaten mit hervorragend industriellen Betrieben bei Weitem nicht so große Schwankungen zwischen den Zahlen des Winters und denen des Sommers aufzu-

weisen hat, wie in den mit vorwiegend landwirthschaftlichem Gepräge.

	14. Juni	2. Dezember
Großstädte (100 000 und mehr Einw.)	116557	176770
Gemeinden v. 10 000-100 000 Einw.	67734	134587
Gemeinden unter 10 000 Einwohner..	115061	464648

Von den Großstädten hat am 14. Juni Hamburg den größten Prozentsatz aufzuweisen; hier waren 7,72 pSt. aller Arbeiter arbeitslos, während Straßburg mit 1,72 pSt. die geringste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte. Am 2. Dezember hat Altona mit 12,79 pSt. aller Arbeiter den größten und Stuttgart mit 3,36 pSt. den geringsten Stand der Arbeitslosigkeit.

So viel von der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen, in einem zweiten Artikel wollen wir die speziellen Verhältnisse der Holzarbeiter bringen.

Ein Arbeiterinstitut,

über das jeder Unbefangene seine größte Freude ausdrücken muß, ist im wahren Sinne des Wortes das Arbeitersekretariat Nürnberg. Uns liegt der zweite Jahresbericht desselben, der 64 Seiten umfaßt, vor, und enthält derselbe des Interessanten und Werthvollen so viel, daß wir es für unsere Pflicht halten, unseren Lesern einen längeren Auszug daraus zu geben. Wir bedauern, daß des hohen Kostenpunktes wegen, den eine Auflage von 10 000 Exemplaren verursacht, Vieles zurückgestellt werden mußte, das sicherlich für die Nürnberger Arbeiter von größter Wichtigkeit war und den Arbeitern außerhalb des Berichtbezirks ein trefflicher Ansporn zur Organisirung gewesen wäre: so die Bearbeitung des Nürnberger Miethsrechtes, über die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und das Resultat einer statistischen Erhebung des Nürnberger Reichzeug-Gewerbes. Die letztere Arbeit soll aber, wie es im Bericht heißt, an anderer Stelle erscheinen.

Wenden wir uns nun dem Bericht selbst zu. Eingangs desselben heißt es, daß dem ersten Jahresberichte allseitiges Interesse entgegengebracht sei. Von Gewerkschaftskartellen seien im Laufe des Geschäftsjahres Berichte verlangt worden, ein Beweis, daß das Interesse für diese Einrichtung in allen größeren Städten mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung im steten Wachsen begriffen sei. Die Presse, speziell die Arbeiterpresse, habe sich sehr sympathisch über das Sekretariat ausgesprochen; aber auch die dem Institut anhaftenden Mängel seien nicht unerwähnt geblieben und hätten seitens des Sekretärs die aufmerksamste Beachtung gefunden.

Wörtlich heißt es im Bericht: „Sowohl in der Abgeordneten-Kammer Bayerns und Württembergs wurde dieser Einrichtung mit anerkennenden Worten gedacht. Der Minister in Württemberg, auf das Arbeitersekretariat Nürnberg aufmerksam gemacht, erklärte: derartige Einrichtungen seien sehr empfehlenswerth und verdienen die Unterstützung der Gemeinden in jeder Richtung. Es sollte uns freuen, wenn der vorliegende Bericht gleichem Interesse begegnen würde. Wir sind dankbar für jede Anregung, für jeden Vorschlag zum Ausbau dieses Instituts. Die schärfste Kritik findet unsere Beachtung, wenn sie sachlich geführt wird.“

Auch der „freisinnige“ Stadtmagistrat Nürnbergs interessirte sich — natürlich auf seine Art — für das Arbeitersekretariat. Dasselbe führte nämlich gemäß dem Beschlusse der konstituierenden Versammlung den Titel

„Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“. Die letzten drei Worte gefielen dem Magistrat um so weniger, als mit diesen der Verdacht erweckt werden könnte, als ob er, der Magistrat, ein so allgemein anerkannt nutzbringendes Institut errichtet habe. Um diesem Verdacht zu begegnen, machte er gegen den Sekretär Segitz Anzeige wegen „unberechtigter Führung eines Titels“ und hatte die Genehmigung, daß der Sänder vom Schöffengericht wegen groben Unfugs nach § 360 Ziffer 8 des Reichs-Strafgesetzbuches zu M. 10 Strafe verurtheilt wurde. Der Thätigkeit des Arbeitersekretariats hat diese Strafe keinen Abbruch gethan, im Gegentheil, es gedeiht, seitdem es nur noch „Arbeitersekretariat Nürnberg“ heißen darf, um so besser.

Die Inanspruchnahme des Sekretariats im Berichtsjahre war eine bedeutend stärkere als im ersten Jahre, und zwar 8411 gegen 6839 Personen.

Die durchschnittliche Tagesfrequenz betrug 28 Personen gegen 22 im Vorjahre. Die höchste Frequenz an einem Tage war im Berichtsjahre 112 Personen gegen 64 im ersten Jahre.

Gegenstand der Auskunft waren hauptsächlich: Unfallsachen 1234, Lohn- und Arbeitsverhältnisse 1032, Forderungen aller Art 631, Strafsachen 419, Mietsachen 496, Alimentationsachen 294, Heimathsangelegenheiten 643, Verehelichungsachen 227, Invaliditäts- und Altersversicherungsfragen 295 und hundert andere Sachen, die zum Theil recht namhafte Büssern aufweisen. Daß in einem Orte wie Nürnberg, in dessen Industrien Tausende weiblicher Arbeitskräfte schaffen, viele Differenzen, nicht allein in Lohnfragen, sondern auch in mancherlei Dingen vorkommen, ist selbstverständlich, und daher auch die große Inanspruchnahme des Sekretariats, nämlich von 819 Arbeiterinnen; und unter den 176 Dienstboten dürften sich auch noch viele weiblichen Geschlechts befinden. Von gelernten Arbeitern nahmen das Sekretariat in Anspruch 4774, Arbeiter in wechselnder Beschäftigung 1093, Gewerbetreibende 665, Dekonomen 138, Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe 88, Handelsangestellte 60, Lehrlinge 36, Staatsbeamte 32, Kommunalbeamte und Lehrer 21, in wechselnder Lebensstellung 509. Gewerkschaftlich organisiert waren von den Besuchern 3131 Personen (gegen 2000 im Vorjahre); von diesen zählten Metallarbeiter 1172, Holzarbeiter 773, Maurer und Steinhauer 142, und so herab in einer ganzen Anzahl Berufe bis zu 3 Personen.

Das Gros der Besucher rekrutirte sich aus der Bevölkerung Nürnbergs, und waren es 6982 Personen; die meisten der übrigen Besucher kamen aus dem zweimeiligen Umkreis Nürnbergs. Außerhalb dieses Kreises zählten noch 871 Personen zu den Besuchern, davon wohnten 75 im Reich außerhalb Bayern und 21 außerhalb Deutschland. Endgültige Erledigung durch das Sekretariat fanden 7359 Gegenstände. An Behörden, Gerichte oder Anwälte wurden 485 Parteien verwiesen, 667 Fälle wurden vom Sekretariat geführt. Schriftsätze wurden angefertigt 1851 gegen 1382 im Vorjahre. Die schriftlichen Eingänge beliefen sich auf 739 gegen 286 im Vorjahre, die Ausgänge auf 2193 gegen 985.

Gutachten hat das Sekretariat im Ganzen 77 abgegeben. Darunter 2 über Ortsstatuten neu errichteter Gewerbegerichte, 3 über Dienst- und Werkvertrag im Bürgerlichen Gesetzbuch, 43 über Errichtung von Arbeitersekretariaten, 2 über Abhaltung eines Kongresses der Arbeiterbeisitzer der deutschen Gewerbegerichte, 13 über Lohnbewegungen und Streiks, 4 über gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen, 2 über Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses, 1 über Organisation der Arbeiterbeisitzer der deutschen Gewerbegerichte, 7 über Errichtung von Arbeitsnachweisen u.

Diese Zahlen sind ein trefflicher Beleg für die Thatsache, daß das Arbeitersekretariat auf allen möglichen Gebieten nicht nur einem engeren Kreis von Personen, wenn dieser auch die Ziffer von 8000 überschreitet, recht große Dienste geleistet hat, sondern auch der Arbeiterbewegung im Allgemeinen für die Zukunft noch recht große Dienste leisten kann. Das geht namentlich aus den abgegebenen Gutachten hervor, die sich jedenfalls auch noch in anderen als den oben angegebenen Dingen wiederholen dürften. Unschätzbar ist das Material, welches zur Kritik der Sozialgesetzgebung vom Sekretariat zusammengetragen wurde, so namentlich auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Bedauern müßten wir mit dem Berichtshatter, daß Viele, die zur Verfolgung ihres guten Rechtes sich Rath einholten, von dem weiteren Verlaufe ihrer Angelegenheiten und der endgültigen Erledigung der fraglichen Fälle dem Sekretariat keine Meldung machten; und doch wäre dies so unendlich wichtig und nothwendig für alle ähnlichen oder gleichen Fälle, um dem Sekretariat die Arbeit zu erleichtern und auf Grund strafgerichtlicher Entscheidungen, sei es durch Behörden, Berufsge-

schäften, Gerichte usw., seine späteren Auskünfte einzurichten.

Sehr interessant ist der Abschnitt über Unfallversicherung, in dem eine ganze Reihe von Fällen angeführt werden, die zeigen, wie unendlich schwer es den im Betriebe Verletzten gemacht wird, die geringe Rente zu erhalten. So steht z. B. eine Entscheidung, Bruchleidende betreffend, darin, die zu Gunsten des Verletzten lautet und allgemeiner Beachtung werth ist. In der Schilderung über die Unfallversicherung heißt es Seite 12: „Die Berufsgenossenschaften führen unaufhörlich Krieg mit den Verletzten. Häufig gewinnt man den Eindruck, daß die fortgesetzten Versuche, den Verletzten die Rente zu kürzen, nur den Zweck haben, die Bezugsberechtigten müde zu machen, sie zu bestimmen, auf ihr gutes Recht zu verzichten. Besonders geeignet erscheinen die sogenannten Heilanstalten. Die Klagen der Verletzten über diese Heilanstalten häufen sich immer mehr.“ Der Berichterstatter begründet diesen Auspruch aus einem Fall, der dem Arbeiter Anton Sch. aus Tiefenbach bei Waldmünchen passirte. Dieser erlitt am 14. Juli 1895 im Torfwerk Feulenbach durch schweres Heben schwere Verletzungen. Die Schultermuskulatur wurde verzerrt und theilweise zerrissen und der Brustwirbel losgeprengt. Der Verletzte wurde bis zum August 1896 abwechselnd vom Bahnarzt Krebs in Aibling und Dr. Frank in Schönsee behandelt und befindet sich in einem erbarmungswürdigen Zustand. Der ganze Oberkörper hängt schief nach vorne, jede Bewegung verursacht große Schmerzen. Die Privatärzte, welche den Mann behandelt haben, äußerten sich, wie uns berichtet wurde, daß jeder weitere Heilversuch aussichtslos ist. Nichtsdestoweniger hat die Berufsgenossenschaft, welche die Rente zu leisten hat, den Mann gezwungen, sich in das medico-mechanische Institut des Herrn Dr. Kiefer in Nürnberg zu begeben, wo man an dem Unglücklichen sieben Wochen lang manipulirte, ohne den geringsten Heilerfolg zu erzielen. Nun muthet man dem Verletzten zu, sich einer neuen Operation zu unterziehen, es soll der Rücken mit einem Stützapparat zurückgeschnallt werden. Als der Mann bei uns vorsprach, war er körperlich so heruntergekommen, daß wir ihm den Rath ertheilten, sich unter keinen Umständen dieser Kur zu unterziehen, da diese Art „Heilung“ zweifellos lebensgefährlich ist.“

Solcher Fälle, sagt der Berichterstatter, könne er noch ein ganzes Duzend anführen, und ist er der Ansicht, daß die „Heilanstalten“ mindestens unter Staatsaufsicht und Leitung unabhängiger Ärzte gestellt werden müßten.

Ganz unsere Meinung, der wir wiederholt Ausdruck gaben, zuletzt im vorigen Jahre in dem Artikel „Rentenquetschen“. Versügt werden müßte, daß kein Verletzter gegen seinen Willen in solche „Heilanstalt“ überwiesen werden dürfte. Wir können nur wünschen, daß die in dem Bericht enthaltenen Urtheile von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage bei Besprechung der Unfallnovelle dieser Tage angezogen werden, um zu zeigen, wo an dem Gesetze zunächst reformirt werden muß.

Recht bezeichnend ist in Bezug auf die Invaliditätsversicherung die Bemerkung, daß bei Rentenanträgen aus der Altersversicherung überwiegend Landarbeiter in Betracht kommen. Häufig, heißt es, werden Anträge abgelehnt, weil keine oder zu wenig Beiträge geleistet wurden. Beitragshinterziehungen, meint der Bericht, scheinen auf dem Lande eine gewöhnliche Erscheinung zu sein, aber auch in den Städten werde viel gemogelt. Zum Beweise dafür bringt der Bericht folgende Feststellungen:

„Bei einer im laufenden Jahre in Nürnberg vollzogenen amtlichen Kontrolle der Quittungskarten hat sich ergeben, daß bei 23 658 kontrolirten Karten nicht weniger als 26 867 Marken im Betrage von M. 5992 fehlten. In einem einzigen Betriebe fehlten bei 20 Karten 648 Marken. Im Vorjahre fehlten bei 26 203 kontrolirten Karten 52 614 Marken im Werthe von M. 11 283. In den fünf Jahren von 1892 bis 1896 wurden in Nürnberg 106 435 Karten kontrolirt, und dabei ergab sich, daß 214 314 (!) Marken im Werthe von M. 47 338 zu wenig eingeklebt waren.“

Sehr häufig hat sich das Sekretariat mit Anträgen auf Gewährung und mit Beschwerden wegen Ablehnung von Invalidenten befassen müssen. Nicht selten hätten die Versicherungsanstalten Bedenken gehegt, wenn die Invalidität Folge einer Krankheit sei oder die Krankheit noch keine 52 Wochen gedauert habe. In den meisten Fällen sei es dem Sekretariat aber doch gelungen, für die Antragsteller Rente zu erwirken.

Hierauf bringt der Bericht interessante Feststellungen zur Krankenversicherung. Eingangs unter diesem Titel heißt es:

„Häufig kommt es vor, daß Mitglieder der Gemeinde-Krankenversicherung, wenn sie sich krank melden wollen,

von den Beamten den Bescheid erhalten, daß sie als arbeitslos gemeldet sind. Mehrfach konnten wir feststellen, daß die Abmeldung erfolgte zu dem ausgesprochenen Zweck, dem Arbeiter die Krankenhilfe zu entziehen. Eine solche Gemüthslosigkeit sollte man kaum für möglich halten, aber sie kommt thatsächlich vor.“

Dann bespricht der Bericht das Stellenvermittlungswesen, den Unfug, der damit getrieben wird, bringt mehrere Verträge mit Handlungshelfern und deren Prinzipalen, welche aller Sitte und Moral in's Gesicht schlagen, zum Ausdruck, schildert auch die unverschämte Ausbeutung und Uebervorthellung sprachunkundiger italienischer Arbeiter bei Abfassung von Arbeitsverträgen seitens der Arbeitgeber, und führt an, daß in mehreren Fällen gegen solche ausbeutungswüthigen Geschäftsinhaber Anzeige erstattet und deren Bestrafung mit mehreren Monaten Gefängniß erfolgt sei.

Unter der Rubrik „Arbeiterbeschwerden“ entnehmen wir dem Berichte, daß dem Fabrikinspektor seitens des Sekretariats 53 Beschwerden übermittlelt wurden, von denen 42 begründet befunden und Abhilfe geschaffen, event. in Aussicht gestellt wurde. „Fünf Beschwerden“, heißt es, „wurden als begründet befunden, ein Eingriff des Gewerbeinspektors aber Mangels gesetzlicher Handhabe abgelehnt.“

Was die Uebertretungen der Sonntagsruhe seitens der Unternehmer anbetrifft, so klagt der Bericht, daß die Gewerbeinspektoren gegen die Unternehmer allzu rücksichtsvoll verfahren; es seien zum großen Theile ein und dieselben Unternehmer, welche immer und immer wieder gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößen. Mit „Verwarnungen“ oder in „Ausschließstellen von Strafanzeige“ ist nichts gedient, es müßte gegen eine derartige Renitenz ganz energisch eingeschritten werden.

Bezüglich der Milzbrandvergiftung, welcher in jedem Jahre eine Reihe unserer Kollegen und Kolleginnen, die in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigt sind, zum Opfer fallen, macht der Berichterstatter folgende Ausführungen: „Zweimal hatten wir uns mit Todesfällen zu befassen, die durch Milzbrandvergiftung hervorgerufen wurden; es sollen drei Arbeiterinnen und ein Arbeiter dieser schrecklichen Krankheit erlegen sein. Nachdem festgestellt ist, daß Milzbrandvergiftungen vermieden werden können, wenn sämtliche Borsten vor der Bearbeitung desinfiziert werden, ist es außerordentlich beklagenswerth, daß die Ortspolizei von der ihr zustehenden Befugniß, die Desinfektion der Borsten anzuordnen, bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Die Arbeiter haben das wiederholt angeregt, haben sich auch an das Reichsgesundheitsamt um Erlaß diesbezüglicher Vorschriften gewendet, bis jetzt leider vergeblich.“

„Wie uns von Arbeitern berichtet wird, war vor einigen Wochen ein Spezialkommissar des Reichsgesundheitsamtes hier anwesend, um die Pinselfabriken zu kontroliren. Die Arbeiter bezweifeln aber, daß bei der Art, in welcher diese Kontrolle vorgenommen wurde, der Beamte eine Einsicht in die Gefahren erlangt hat, welche den Pinselarbeiter in Ausübung seines Berufes umgeben. Die Arbeiter dieses Berufes sind tief niedergeschlagen ob dieser Gleichgültigkeit, mit welcher Gemeinde- und Staatsbehörden ihrem Schicksal gegenüberstehen. Hier ist Gefahr im Verzuge, schleunigste Abhilfe dringend erforderlich. Die Gefahr besteht nicht nur für jene Arbeiter, welche die Pinsel herstellen, sondern auch für die Arbeiter, die mit den fertigen Pinseln arbeiten: Lüncher, Lackirer, Grundirer u. Die Pinselindustrie ist so rentabel, daß sie die Betriebskosten, welche die Desinfektion der Borsten bedingt, recht wohl tragen kann. Mögen die Behörden nicht länger zögern, sondern unverzüglich die Desinfektion aller Borsten vor ihrer Verwendung anordnen.“ Diesem Wunsche können wir uns nur anschließen, er entspricht der Gerechtigkeit, und die Pflicht der Behörden erheischt es, daß, wo das profituhungertige Unternehmertum jener Branche mit Menschenleben spielt — nur um Anhäufung des heiligen Profites willen —, ihrerseits ganz energisch zum Schutze von Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen eingetreten wird.

In einem zweiten Theile entrollt der Bericht ein interessantes Bild über die Gewerkschaftsorganisationen in Nürnberg im Jahre 1896, auf den wir später noch zurückkommen. Desgleichen auf den Bericht der Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts.

Die Einnahmen des Sekretariats, die zum größten Theile von den Gewerkschaften Nürnbergs zusammengebracht werden, betragen für den Zeitraum des Berichtsjahres, einschließlich eines Kassensbestandes von M. 291,54, in Summa M. 4935, die Ausgabe M. 4287,25. Darunter entfallen auf Gehälter für zwei Beamte M. 2748; bemerkt sei, daß der zweite Beamte noch kein volles Jahr in Thätigkeit ist. Für Miete, Heizung, Beleuchtung, Porti und Bureaubedürfnisse sind M. 613,70, für Zeitungsabonnement, Druck-, Buchbinder-

arbeiten und Ergänzung der Bibliothek M. 585,70 ver-
ausgab. Diese verhältnismäßig geringen Aufwendungen
sehen zu dem großen Nutzen, welchen das Arbeiter-
sekretariat der Arbeiterschaft Nürnbergs und Umgegend
bietet, in gar keinem Verhältnis, und wir können nur
wiederholt, wie auch im vorigen Jahre, den Wunsch
ausprechen, daß recht viele große Orte dem gegebenen
Beispiele der Nürnberger Arbeiter folgen möchten.

Wie es scheint, wird dieser Wunsch in mehreren
Städten greifbare Gestalt annehmen, so in Stuttgart,
Leipzig*) und eventuell auch Mannheim. Daß das Inter-
esse für Errichtung von Arbeitersekretariaten ein recht reges
ist, geht daraus hervor, daß, wie oben mitgeteilt, nicht
weniger als 43 Gutachten vom Nürnberger Sekretariat über
diese Frage eingefordert wurden. Der Bericht läßt erkennen,
daß die Gründungen und auch der Ausbau in sozial-
politischer Hinsicht wünschenswert seien, man solle aber
auch in Bezug auf letzteren Punkt Rücksicht darauf
nehmen, daß den Arbeitern, die das Arbeitersekretariat
erhalten, keine zu großen Opfer auferlegt werden; und
in Bezug auf Gründungen mahnt der Bericht, vorsichtig
zu sein, und nicht eher daran zu denken, bis die Be-
triebskosten für mindestens ein Jahr gesichert seien.

Wir sind nun in letzterer Beziehung nicht so pessimistisch;
wenn sich der Arbeiterschaft eines größeren
Ortes nur erst einmal die Möglichkeit und Notwendig-
keit eines solchen Instituts aufgezeigt hat, findet sich
auch, wo der Wille ist, ein Weg. Die Solidarität, welche
sich so glänzend allüberall beim Hamburger Hakenarbeiter-
streik zeigt, die wird auch, wenn es die Förderung der
Lebensinteressen der Genossen am eigenen Ort gilt,
dann erst recht nicht versagen; immerhin, das erkennen
wir gerne an, ist ein Fingerzeig, der vor Ueberstürzung
warnt, in vielen Fällen durchaus am Platze.

Ueber die Thätigkeit des Sekretariats können wir
uns nicht anders als anerkennend äußern. Es ist
seitens desselben gewiß Alles gethan, was zu leisten
möglich war und der Arbeiterschaft zum Vortheil gereichen
konnte. Wir wünschen, das Gleiche von späteren Arbeiter-
sekretariaten auch sagen zu können.

Der Bericht kann allen denkenden Arbeitern zum
Studium bestens empfohlen werden. Mögen sie daraus
lernen und die daraus gezogenen Nutzenanwendungen im
eigenen und im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft
verwerthen.

Die Ausperrung der Schreiner in Frankenthal.

Die Verhältnisse der „Vereinigten Holzindustrie“ am hie-
sigen Plage drücken uns die Feder in die Hand, um dieselben
zu beleuchten. Damit aber ein jeder Kollege sich ein richtiges
Bild machen kann, müssen wir auf die Entstehung des Ge-
schäftes zurückkommen.

Im Jahre 1873 gründete Herr Friedrich Kraus von hier
eine Kistenfabrik, welche, wie alle Geschäfte, die in jener Zeit
gegründet wurden, rasch empor kam. Natürlich fanden sich
in diesem Geschäft nur minderwertige Arbeiter ein, die
nicht in der Lage waren, in besseren Geschäften
ihre Auskommen zu finden. Herr Kraus, ein ge-
leiteter Kaufmann, hatte zwar für eine Kistenfabrik wenig
Geschäftskenntnis, brachte aber trotzdem die Fabrik in die
Höhe, und zwar was dies nun möglich, indem er den 50 Mann
welche er beschäftigte, ganz erhebliche Löhne zahlte. Ein
Schreiner erhielt pro Tag M. 2,30 bis M. 2,70. Zu dieser
erhöhten Löhnung gesellte sich noch eine brutale Behandlung
der Arbeiter und Ausseher. Ausdrücke wie: Lumpen, Lagediebe
usw. waren an der Tagesordnung. Im Jahre 1888 wurde
das Geschäft, das nun 150 Personen beschäftigte, in eine Aktien-
gesellschaft umgewandelt unter der Firma „Vereinigte Holz-
industrie“ mit dem Sitze in Augsburg und Herrn Kraus als
Direktor mit einem Jahresgehälte von M. 12 000 an der Spitze.
Jetzt begann für den neugeborenen Herrn Direktor eine
neue Periode. Das Geschäft wurde vergrößert und nahm
einen ungeheuren Aufschwung. Die Ausseher schossen wie
Pilze aus der Erde, wer am besten sammeln konnte,
es mochte er noch so dumm sein, er bekam sein Stüchlein.
Es wurde spekuliert in jeder Weise. Als auf Kosten der Aktionäre
Tausende Mark für allerlei Projekte zum Fenster hinaus-
geworfen wurden und wenn hier und da ein vernünftiger Arbeiter
dem Herrn Direktor gegenüber die Unmöglichkeit der Ausführung
eines dieser Projekte äußerte, wurde er von ihm ein Eitel genannt,
der nichts versteht und der Herr Direktor war der Geschickte.
Damit es auch am äußeren Glanz nicht fehlte, wurden noble
Herde und Wagen nebst galonirtem Kutscher angeschafft. Wenn
der Herr Direktor mit Gemahlin ausfahren wollte, und wenn
man ihn so im Gefährte mehr liegen wie sitzen sah, so sah er
Einem an, als wolle er sagen: Was soll die Meinpilz!

Jedoch der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.
Die Herren Aktionäre besaßen keine Dividende, es wurde die
Kasse mit einem Worte leer; es war mit einem Worte
am einmal faul im Staate Dänemark. Die Aktionäre mit dem
Verwaltungsrath traten Ende Oktober vorigen Jahres in Augs-
burg zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen.
In der beschlossenen wurde, daß der Sitz, der jetzher in Augsburg
war, hieher verlegt werden sollte und Herr F. Kraus seiner
Stelle als Direktor zu entheben sei. Hiermit endete also die
Herrschaft des „großen“ Mannes. Nur schade um seine Weisheits-
gaben, daß er dieselben nicht in einem anderen Etablissement
verwenden kann. Jetzt tritt das Geschäft in eine neue Aera.
Am 1. November 1896 trat als erster Direktor Herr Eugen
Kreuzer, früherer Inhaber der Frankenthaler Särgefabrik, in
das Geschäft ein. Der neue Herr Direktor, ein sehr zudo-
kommender seiner Herr, hatte natürlich eine keineswegs an-

genehme Stellung zu übernehmen, indem, wie man sich denken
kann, ihm die Aufgabe zufiel, das Geschäft zu heben und so-
bald wie möglich auch Dividenden herauszuschlagen. Zugleich
trat ein Herr Bärtle, früher Theilhaber eines Galanterie-
waarengeschäfts in Blaubeuren in Schwaben, woselbst
er geboren, (also ein Blischwabe, wie man sagt), späterer
Webereimleiter, in das Geschäft ein als Betriebsführer. Dieser
Herr entfaltete sofort eine große Thätigkeit, hauptsächlich im
Rechnungswesen und Auftragen der Arbeiter, wie viel man
von jedem Artikel pro Tag machen kann; aber die Haupt-
aufgabe, den Betrieb im richtigen Sinne lenken zu lernen, überließ
er, denn er versteht halt nichts davon. Jetzt sind im Geschäft
18 Mann (Schreiner), welche für die deutsche Metallpatronen-
fabrik in Karlsruhe seit 6 Jahren Risten machen. Dieselben
haben bei Herrn Kraus einmal vier Wochen lang dieselben im
Alford gemacht und pro Stück 20 M erhalten, das Zusammen-
sinken wurde von der Maschine gemacht. Für diese sehr an-
strengende Arbeit erzielten sie einen Tagesverdienst von M. 4,
der war natürlich Herrn Kraus zu hoch und er verlangte, daß
sie ebensoviel Risten im Tagelohn machen sollten, was jedoch
nicht ging. Sehr viele von jenen Leuten gingen damals fort. Der
neue Herr Betriebsführer stellte am 9. Januar, Nachmittags 4 Uhr,
an die 16 Mann (Schreiner) unter Vorlegung eines Alfordzettels
die Frage: Ob sie die Patronenristen für 14 M pro Stück
machen wollten, oder nicht. Es würde jetzt Alfordarbeit ein-
geführt, Tagelohnarbeit hätte er für Keinen mehr und wer die
Risten für 14 M pro Stück nicht machen wollte, sei sofort entlassen.
Die 16 erklärten, daß sie die Risten für den Preis nicht machen
könnten und erklärten, sie aber für 17 M anfertigen zu wollen.
Der Herr Betriebsführer ließ sich aber auf keine Unterhandlungen
ein, und so wurden die 16 Mann, nachdem sie auch noch durch
eine Kommission beim Herrn Direktor vorstellig wurden, sofort
entlassen.

Kollegen, Ihr seht, wie wiederum die Kapitulanten gegen
Arbeiter verfahren. Witten im Winter, wo keine neue Arbeit
in Aussicht, setzt man 18 Mann, worunter 12 Berbeirathete,
vor die Thür. Leute, die zum Theil fünf und mehr Jahre im
Geschäft sind. Wir haben erwartet, daß unter dem Regime des
Herrn Kreuzer eine solidere Behandlung der Arbeiter Platz
greifen sollte; versprach er doch selber am Christabend, gelegentlich
der Besprechung der Herren Beamten, daß es sein Wille sei,
die Lage der Arbeiter zu verbessern. Wir möchten dem Herrn
Direktor rathen, nicht dem Rathe des Herrn Bärtle zu folgen,
nicht seine Willkür gutzuheißen, sondern sein Ohr mehr den er-
probten Kräften der entlassenen Arbeiter zuzuneigen als dem
durchaus geschäftsunkundigen und recht unvernünftigen Herrn
Betriebsführer. Allen Respekt vor untern entlassenen Kollegen,
die trotzdem guten Muthes sind, und sollte bis Montag Morgen,
wo sie nochmals beim Herrn Direktor vorstellig werden, keine
Einigung erzielt werden, getroß den ihnen zugeworfenen Fehde-
handschuh aufzunehmen, da sie der Solidarität und Unterstützung
der Kollegen sicher sind. Einweisen ist Bezug fernzuzuhalten.

Nachschrift: Soeben wird noch gemeldet, daß
am Montag Morgen keiner der 16 Kollegen
angenommen ist. D. Red.

**Die 14. Generalversammlung
der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter.**

Am 28. Dezember v. J. begannen in Koburg ihre Verhand-
lungen. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Blume ent-
nehmen wir folgende Daten: Im Jahre 1895 hatte die Kasse
58 053 Mitglieder. Von diesen waren 32 493 einfach, also nur
in der in die stehenden Kasse, und 25 560 doppelt, also noch
in einer zweiten, dem Gesetze genügenden Kasse versichert. Es
erkrankten im Jahre 1895 im Ganzen 82 273 Mitglieder. Die
Erkrankungen ergaben 553 735 Krankentage und erforderten
M. 890 298,99 Krankengeld, also durchschnittlich pro Tag M. 1,60%,
oder pro Erkrankungsjahr M. 27,58%. Für die 17 789 Ertran-
kten gen mit 289 054 Krankentagen der einfach Versicherten wurden
M. 464 352,54 an Krankengeld bezahlt, also pro Tag M. 1,60%,
oder pro Erkrankungsjahr M. 26,10%. Für die 14 484 Ertran-
kungen mit 264 681 Krankentagen der doppelt Versicherten wurden
M. 426 946,45 an Krankengeld bezahlt, also pro Tag M. 1,61
oder pro Erkrankungsjahr M. 29,40%. Würde nach § 75 des
Krankenversicherungs-Gesetzes an die doppelt Versicherten 1/2 des
ortsüblichen Tagelohnes mehr gezahlt worden sein, wofür durch-
schnittlich M. 3 pro Erkrankungswochen zu rechnen sind, so hätte das
bei 264 681 Krankentagen = 44 113 1/2 Wochen eine Mehrausgabe
von M. 132 340,50 ergeben, es hätte somit das Jahr 1895 nicht mit
M. 259 941,73, sondern nur mit M. 127 601,22 Mehrerinnahme ab-
geschlossen. Da die Kasse verpflichtet war, von der durch Be-
träge erzielten Einnahme von M. 1 584 870,65 ein Zehntel, also
M. 158 487,06, zum Reservefonds abzurufen, so würden dem-
nach M. 80 855,84 gefehlt haben. Wird ferner in Betracht ge-
zogen, daß der Bezug eines höheren Krankengeldes sehr leicht
Veranlassung giebt, die Krankheitsdauer länger auszudehnen, so
würde der Fehlbetrag jedenfalls ein noch bedeutend größerer ge-
worden sein. Die Generaldiskussion über den Bericht respektive
die finanziellen Leistungen der Kasse gestaltete sich äußerst leb-
haft und mußte eine besondere Kommission gebildet werden zur
praktischen Fassung der eingegangenen Anträge. Die Abstimmung
darüber, ob den doppelt versicherten Kassensmitgliedern ein gegen-
über den einfach versicherten Kassensmitgliedern erhöhtes Kranken-
geld gewährt werden soll, ergab 38 Stimmen dafür, 25 dagegen.
Abgelehnt wurden alle Anträge auf Aenderung des Namens der
Kasse, bezüglichen die Anträge, welche die statutarische Be-
stimmung, daß nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte be-
findliche Personen der Kasse nicht beitreten dürfen, zu streichen
bezwedten. Abgelehnt wurden ebenso alle Anträge, die auf eine
Herabsetzung resp. Hinausrückung der zum Eintritt festzulegenden
Altersgrenze hinzielten, sowie der Antrag Darmstadt, Ziffer 5
des § 8 des Kassensatzes zu streichen, wobei es sich um Ein-
reichung von älteren Mitgliedern in eine niedrigere Beitragsklasse
handelt.

Der Bericht des Hauptkassiers Jacobs ist ein für die
Kasse günstiger und erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1894
bis 1. Oktober 1896, also auf 2 3/4 Jahre für die gesammte
Kasse und vom 1. Oktober bis 22. Dezember 1896 nur für die
Hauptkasse, weil zur Zeit die Abrechnungen für das 4. Quartal
aus den Ortsverwaltungen noch nicht fertiggestellt sein können.
Der Kassensbericht weist für die ergebnisreiche Zeit an Einnahmen
M. 4 601 157,88, an Ausgaben M. 3 965 824,63, mithin eine
Reinerinnahme von M. 635 333,25 nach. Das Vermögen der
Kasse hat sich in derselben Zeit um die genannte Summe ver-

mehrt und belief sich am Schlusse des dritten Quartals v. J.
auf M. 1 469 363,22. Der Kassirer wurde entlastet. Die
Thätigkeit des Ausschusses war nach seinem Berichte eine minimale.
Derlei hat 24 Sitzungen abgehalten. Die Zahl der anhängig
gemachten Beschwerden belief sich auf 15, welche alle erledigt sind.
Die eingegangenen Sendungen betragen 139, die ausgegangenen
Sendungen 229. Der Ausschuss führt bei der Generalversammlung
Beschwerde über zurückliegende Behandlung seitens des Vorstandes.

Der Bericht des Obmanns des Schiedsgerichts, B l e s e n,
umfaßt die Zeit vom 18. Dezember 1893 bis 15. Dezember 1896.
Sitzungen haben 55 stattgefunden. Berufungen wurden im
Ganzen 297 eingelegt. Davon wurden anerkannt 55, verworfen
142, ermäßigt 69, vom Vorstand zurückgezogen 18, an den
Vorstand zurückverwiesen 9, von Klägern zurückgezogen 2. Briefe
und Karten gingen ein 1233, abgeschickt wurden 1200. 38 ärzt-
liche Gutachten wurden eingeholt und in 128 Sachen recheckirt.
Beschlossen wurde: 1. Dem Schiedsgericht wird Entlastung er-
theilt. 2. Das Schiedsgericht soll berechtigt sein, auf Kosten der
Kasse Klagen wegen Verletzung zu stellen. 3. Antrag der
Berliner Ortsverwaltung: Die Schiedsgerichtsentscheidungen sollen
den betreffenden Ortsverwaltungen zugehen. Dies zu befolgen
übernimmt der Vorstand, weil das Schiedsgericht zu sehr be-
lastet ist. 4. Auf den Straf- und Ausschlussverfügungen soll
gleichlautend der Bernerlei stehen, daß innerhalb 14 Tage beim
Schiedsgericht Rekurs erhoben werden kann.

Es folgte Beratung und Beschlußfassung über die gestellten
Anträge auf Aenderung des Statuts. Es waren zunächst
Prinzipienfragen zu erörtern und zwar: 1. Sollen die Beiträge
erniedrigt werden? und 2. Soll die Unterstützung erhöht werden:
a) für einfach Versicherte, b) für doppelt Versicherte? Die
Debatte gestaltete sich sehr umfangreich.

Es betheiligten sich sämtliche 68 Abgeordnete, sowie die
Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende des Ausschusses an
der Debatte. Letztere währte bis kurz vor Mittag, dem
30. Dezember. Inzwischen sind die telegraphisch berufenen
Vertreter Andres aus Ogersheim und Kunisch aus Düsseldorf
eingetroffen, welche sich noch an der Debatte betheiligten. Nach
Schluß der Generaldebatte steht der Prinzipienantrag, ob den
noch anderweitig Versicherten ein höheres Krankengeld als den
einfach Versicherten gewährt werden soll, zur namentlichen
Abstimmung. Das Resultat ist, daß 38 Abgeordnete dafür und
26 dagegen stimmen. Zur Realisirung des angenommenen
Antrages, sowie zur Stipulirung der Krankengeldsätze überhaupt,
wird eine aus den Abgeordneten Seifert-Berlin, Schmidt-
Offenbach, Berbe-Hannover, Straube-Chemnitz und Aufsem-
jamburg V bestehende Finanzkommission gewählt und beginnt
diese sofort ihre Thätigkeit.

Im Plenum beginnt die Spezialdebatte über die gestellten
Anträge. Alle auf Aenderung des Titels der Kasse gestellten
Anträge, sowie alle auf den Beitritt zur Kasse gestellten
Anderungsanträge werden abgelehnt, und schließt damit die
6. Sitzung, nachdem der Vorsitzende ein Begrüßungsschreiben
des Vorstandes der Metallarbeiterklasse verlesen hat.

Am 30. Dezember, Nachmittags 8 Uhr, eröffnet Sitzung
die 6. Sitzung und wird, nachdem geschäftliche Mittheilungen
erledigt sind, die Spezialdebatte fortgesetzt. Zu § 3 Ziffer 7
des Statuts wird ein Antrag von Berlin U angenommen,
dabinschend, daß Mitglieder, welche vor 1893 der Kasse an-
gehörten, nicht in die für ihren Beschäftigungsort gültige
Minimalklasse zurückzutreten brauchen.

Zu § 6 1 wird beschlossen, die Zeitdauer des Ausschließens
d u n n e s auf 6 Wochen Beitragsrückstand zu erweitern.
Alle Anträge auf Aenderung des Eintrittsgeldes werden
abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Berlins, Altdorf usw.,
die Erbschaftsmitgliedbücher an Stelle vollgestellter unentgeltlich zu
liefern, angenommen.

Die Anträge auf Herabsetzung der Beiträge werden mit
Rücksicht auf die beschlossene Unterstützungserhöhung abgelehnt.
Annahme findet ein Antrag vom Heilshaus, wonach jugend-
liche Arbeiter und Lehrlinge beim Uebertritt in eine höhere
Klasse (Minimalklasse des Beschäftigungsortes) nur die Differenz
des Eintrittsgeldes nachzuzahlen haben.

Im § 11 wird auf Antrag von Nürnberg die Ziffer 6
gänzlich gestrichen, darnach fällt die Einschränkung der Unter-
stützung für Diejenigen in Wegfall, welche nach Ablauf von
4 Wochen Beitragsrest erst Stundung beantragt haben und
erkranken.

Zu § 12 Ziffer 1 findet ein Antrag des Vorstandes und
Ausschusses Annahme, nach welchem die unentgeltliche Gewährung
ärztlicher Hilfe präziser geregelt wird. Ein dazu von Schwerin
gestelltes Amendement, nach welchem die Kranken auf Beschluß
der Ortsverwaltung an den Kassenarzt zurückverwiesen werden
können, findet ebenfalls Annahme. Außerdem wird beschlossen,
daß denjenigen Kranken, welche doppelt versichert sind und
während der ersten 13 Wochen ihrer Krankheit ärztliche Hilfe
und Medikamente nicht in Anspruch nehmen, diese Unterstützung
ab der vierzehnten bis längstens zum Ablauf der sechsundzwanzig-
sten Woche gewährt werden soll.

Durch Annahme eines Antrages vom Vorstand, Ausschuss
und Kassirer wird die Ziffer 3 im § 12 überschüssig und für die
Mitglieder verhandlicher geregelt.

Die Finanzkommission hat inzwischen ihre Arbeiten erledigt
und erstattet Bericht.

Die Vorlage derselben enthält drei Anträge. Erster An-
trag: Den Doppelversicherten M. 1,80 wöchentlich mehr an
Beitragsunterstützung zu gewähren. Zweiter Antrag: Den Doppel-
versicherten ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes und zwar
einmalig nach dem höchst gestellten Satz in Hamburg, also
pro Woche M. 4,50, dagegen den Einfachversicherten das 2fache
des Beitrages zu gewähren. Dritter (Eventual) Antrag: Wenn
der erste Antrag von der Behörde die Genehmigung nicht findet,
dann soll ab 1. Juli 1897 bis zur nächsten General-
versammlung das 3fache des Beitrages nach Abzug von 12 M
für ärztliche Hilfe und Medikamente gewährt werden.

Der erste Antrag wird mit 37 gegen 25 Stimmen ab-
gelehnt. Der zweite Antrag wird einstimmig abgelehnt. Der
Eventualantrag — nunmehr definitiv — wird mit 60 gegen
2 Stimmen angenommen. Somit beträgt das Krankengeld
ab 1. Juli v. J. in der 1. Klasse: M. 5,40; 2. Klasse M. 8,40;
3. Klasse: M. 9,90; 4. Klasse: M. 12,90; 5. Klasse: M. 15,90
wöchentlich.

Die Beschwerdekommision erstattet Bericht über ihre Thätig-
keit und beantragt, sämtliche Beschwerden — bis auf eine,
bezt. Schöbden in Naumburg bei Adin — abzuweilen. Der
Antrag der Kommission, Berichterstatter Abg. Germann in
Wain, findet Annahme. Hierauf wird in der Spezialdebatte
fortgeführt und beantragt Berlin U., Hinzeln, Begehren

*) In Leipzig wurde dieser Tage beschlossen, von einer
Veränderung abzusehen. (S. a. a. Stelle.)

und Kall, den ausgeheuerteten Mitgliedern, welche keine Aussicht haben, je wieder erwerbsfähig zu werden, das Sterbegeld zu sichern. Dieser Antrag findet im Prinzip Annahme, eine redaktionelle Fassung einer solchen Statutenbestimmung wird zurückgelehrt. Mit Erledigung vorstehender Beschlüsse wurden die 7. und 8. Sitzung ausgefüllt. Der Vorsitzende verliest vor Schluss der 8. Sitzung ein Glückwunschk Telegramm des Kassenvorstandes in Hamburg und schließt die Sitzung Abends 6 Uhr.

Die 9. Sitzung wird am 1. Januar, Morgens 9 Uhr, eröffnet. Vorsitzender Blume hat für den zur Sicherung des Sterbegeldes für ausgeheuerte Mitglieder angenommenen Prinzipalentscheidungsantrag folgende redaktionelle Fassung eingebracht zu § 14 Nummer 2: Mitglieder, welche infolge dauernder Erwerbsunfähigkeit kein Krankengeld mehr zu gewärtigen haben, können sich auf ihren Antrag das Sterbegeld sichern gegen einen Beitrag von 10 M wöchentlich.

Ermahnendwerth sind noch folgende Beschlüsse: Der Ausschuss beantragt, daß bei Anlegung von Geldern der Ausschuss mitbestimmen soll; dazu beantragt der Vorstand, daß solches nur bezüglich der Anlegung von Geldern auf Hypotheken und Ankauf von Staatspapieren gelten soll. Beide Anträge finden Annahme. Zur neuen Eintheilung der Wahlabtheilungen zur Wahl von Abgeordneten zur Generalversammlung war eine Kommission von drei Abgeordneten gewählt. Dieselbe erstattet durch Verlesung der neuen Eintheilung Bericht und wird deren Vorlage mit geringen Abänderungen angenommen, worauf noch ein Antrag zur Annahme des Inhalts gelangt, daß die Wahlen der Abgeordneten unbedingt in einer Mitgliederversammlung stattfinden haben und daß alle anderen Formen der Wahl die Ungültigkeit des Mandats nach sich ziehen. Die nächste Generalversammlung soll in 2 1/2 Jahren stattfinden. Hiermit Schluß der Sitzung.

Die 10. Sitzung eröffnet Verbe-Hannover Nachmittags 3 Uhr. Derselbe theilt mit, daß ein Geschäftsordnungsantrag eingebracht ist, welcher bezweckt, eine Abendigung abzuhalten, um so heute mit Allem fertig zu werden. Der Antrag wird bis Abends 6 Uhr zurückgestellt. Es erfolgt dann die Festsetzung der Gehälter für die Kassenebeamten und Wahl der letzteren.

In den Vorstand werden gewählt und zwar durch Abstammung: Blume, Vorsitzender, Banghaf, Stellvertreter. Jakob, Hauptkassierer, Hud, Stellvertreter. Kahlig, Peterjen I, Peterjen II, Wrigand und Fischer als Beisitzer. Als Bureaubeamte werden die bisherigen Mitglieder: Roenen, Epethmann, Schaeffer, Diebstel, Wolf und Stender wiedergewählt.

Der Ausschuss verbleibt in München. Gewählt werden in den Ausschuss: Haberhorn, Gölbel, Basner, Hollhuber und Knapp. Als Revisoren der Hauptkasse werden gewählt: Bötel, H. Jels und Venthold. In das Schiedsgericht wurden gewählt: Blasgen, Paulsen, Diebstel, Hildebrandt und Habel.

Für sämtliche Körperchaften wurden Erasmänner gewählt. Es wird nun beschlossen, eine Abendigung stattfinden zu lassen, worauf Schluß erfolgt.

Abends 7 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen und wird zunächst das von einer dazu gewählten Kommission neu redigirte Statut verlesen und genehmigt, hierauf wird die Generalversammlung vertagt und die Generalversammlung der Frauenvereine eröffnet.

Hauptkassierer Jakob berichtet, daß die Kasse ultimo 1896 6243 Mitglieder hatte und das Vermögen z. B. M. 90 708,02 betrug, wovon M. 89 628,42 einstragend angelegt sind. Die Restkosten betragen Bericht und beantragen Decharge, welche ertheilt wird. Beschlossen wird, an die drücklichen Verwaltungskosten 5 pSt. der veranschlagten Beiträge für Verwaltungskosten zu gewähren. Das Sterbegeld wird erhöht und zwar für Mitglieder nach mindestens sechsmonatlicher Mitgliedschaft auf M. 70, und nach zwölfmonatlicher Mitgliedschaft auf M. 140. Diese Bestimmungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft. Der Vorstand wird gebildet aus dem Vorstände der Krankenkasse. Damit sind die Verhandlungen dieser Kasse um 7 1/2 Uhr beendet und wird wieder in die Verhandlung der Krankenkasse eingetreten. Beschlossen wird, dem Vorstände carte blanche zu ertheilen zur etwaigen Aenderung des Statutes, sofern solche von der Aufsichtsbekörde als nöthig bezeichnet wird. Nach Erledigung einiger untergeordneter Angelegenheiten hält der Vorsitzende Blume eine kurze Ansprache und wünscht den Abgeordneten glückliche Reize in die Heimath und schließt Abends 9 1/2 Uhr die Generalversammlung.

Sundigan.

Um Mißstände im Submissionswesen zu beseitigen, hat das Kaiserliche Gewerbegericht einen beachtenswerthen Bericht gemacht. Bekanntlich kommt es öfters vor, daß Unternehmer, insbesondere bei Bauarbeiten, die Ausführung übernommenen Arbeiten theilweise wieder an Unternehmer übertragen, welche dann auf eigene Rechnung die Arbeiter annehmen, dieses aber häufig den Lohn schuldig bleiben, da sie die Arbeit zu billig übernommen bezw. das empfangene Geld bereits verconsumirt haben. Auch die von den Arbeitern angelegten Klagen bleiben dann öfters bei der Unpündbarkeit der Behörden ergebnislos. Deshalb hat das Gewerbegericht den kaiserlichen und kommunalen Behörden zur Beseitigung dieses Mißstandes empfohlen, in ihre Submissionsbedingungen, namentlich bei Vergabung von Bauarbeiten, die folgende Bedingung anzunehmen: Wenn der Unternehmer Unternehmer vermauert, so ist er verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um die von diesen für das Unternehmen geschuldeten Arbeitslöhne zu sichern; insbesondere hat er von den Unternehmer die ausreichende Kautions zu verlangen, welche für die Arbeitslöhne der Arbeiter zu verpfänden ist, falls der Unternehmer mit der Zahlung dieser Löhne im Rückstande bleibt. Die vom Unternehmer zu leistende Kautions hat ter als Sicherheit mit dafür, daß der Unternehmer der Verpflichtung, den zu leistenden Lohn zu zahlen, gewissermaßen nachkommt. — Die kaiserliche Reichsregierung hat den Behörden gefast, vorzunehmen bei den Submissionen von Bauarbeiten diese demjenigen Submittenten zu übertragen, dessen Gebotswert den Mittel und den eingegangenen Anmerkungen am nächsten kommt.

Hoch Gehälter für Verwaltung von Ehrenämtern in den Berufsvereinigungen. Die kolossalen Verwaltungskosten der Berufsvereinigungen, welche von Jahr zu Jahr noch im Steigen begriffen sind und in einem ansehnlichen Verhältnisse zu den geringsten Aufwandsausgaben stehen, sind in den Kreisen der beschäftigten Betriebsunternehmer, wie der Arbeiter, schon oft Gegenstand lebhafter Klagen gewesen.

In neuerer Zeit kommen nun sogar Fälle vor, nach denen es ganz den Anschein gewinnen muß, als ob an einzelnen Personen, die im Dienste der Berufsvereinigungen stehen, über Gebühr und Verdienst hohe Gehälter bezahlt werden. So ist z. B. dem Vorsitzenden der Tiefbau-Berufsvereinigungen auf seinen Antrag: weil er mit den bisherigen M. 10 000 nicht auskommen könne, seine Jahresentschädigung auf M. 15 000 erhöht worden. Der § 25 des Unfallversicherungsgeizes aber sagt: Die Mitglieder der Vorstände und die Vertrauensmänner verwalten ihr Amt als unentgeltliches Ehrenamt, sofern nicht durch das Statut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Gewissen soatwsgeschäfte ihnen erwachsenden Zeiterlaß bestimmt wird. Baare Auslagen werden ihnen von der Berufsvereinigungen erstet, und zwar, soweit sie in Rechenlosten bestehen, nach Festen, von der Berufsvereinigungsverammlung zu bestimmenden Sätzen. Das Reichsversicherungsamt hat denn auch die Tiefbau-Berufsvereinigungen darauf hingewiesen, daß M. 10 000 eine ausreichende Norm als Entschädigung für Zeitverluste seien. Infolgedessen ist in der diesjährigen Generalversammlung der „Gehalt“ des betreffenden Vorsitzenden auf M. 12 000 festgesetzt worden, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsversicherungsamtes. Bemerkenswert ist, daß der Senatpräsident des Reichsversicherungsamtes bei Wettem viel weniger an Gehalt besteht. Von einem „Ehrenamt“, wie es das Gesetz will, kann da also keine Rede mehr sein. Ueberdies ist der Vorsitzende der Tiefbau-Berufsvereinigungen nicht ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes und bezieht für die Teilnahme an jeder Sitzung noch M. 18. — Diese Herren aber, die die Unverschämtheit bis zum Uebermaß treiben, schämen sich nicht, den Arbeitern Vorgehensweise vorzumachen, und obendrein den Invaliden der Arbeit die wenigen Beihilfepennige der Invaliden am liebsten ganz zu entziehen.

Bemerkenswert wollen wir an dieser Stelle zugleich, daß dieselbe Tiefbau-Berufsvereinigungen, laut dem uns vorliegenden 1896er Jahresbericht die angeheure Summe von M. 212 493,80 an Verwaltungskosten vorausgabte, der eine Summe von M. 1 015 005,31 an Entschädigungen für Unfallverletzte, die Familien der Getödteten usw. gegenüber steht. Da sind also fast 20 pSt. für Verwaltungskosten vorausgabte worden.

Ein gleichzeitiger Fall betrifft die Expeditions-, Speicherei- und Revisor-Berufsvereinigungen. Der Expeditionsführer, welcher bis vor zwei Jahren auch die Sektion Berlin verwaltete, bezog dafür M. 8000 + M. 2000 = M. 10 000. Inzwischen ist ein besonderer Geschäftsführer für die Sektion mit M. 4000 Gehalt bestellt und jetzt dem Geschäftsführer des Zentralbureaus das frühere Gehalt mit M. 10 000 wieder bewilligt worden. Außerdem aber hat man in der Sektion eines mit M. 4000 besoldeten Berichtsassessors die Anstellung eines stellvertretenden Geschäftsführers für notwendig erachtet. Bloß für die Geschäftsführung im Hauptbureau und Sektionsbureau wird also jetzt die Kleinigkeit von M. 18 000 jährlich angewendet!

Diese Berufsvereinigungen weißt noch einen höheren Prozentsatz der Verwaltungskosten im Verhältnis zu der Summe der gezahlten Entschädigungen an Verletzte usw. auf als die Tiefbau-Berufsvereinigungen, nämlich 22,5 pSt. Die Entschädigungssumme betrug M. 857 921,88 und die Verwaltungskosten betragen M. 155 417,41.

Nach dieser Seite hin mügen auch die Betriebsinhaber ihr Augenmerk richten, da giebt es noch zu sparen. Die Löhne, die ihnen durch das Gesetz auferlegt werden, könnten wenigstens um 10 bis 15 pSt. verringert werden. Also zugewiesen!

Die Presse und das Koalitionsrecht. Während in England von allen Parteien das Koalitionsrecht hochgehalten wird, ist man in Deutschland eifrig bemüht, dasselbe zu beschränken, wenn nicht gar zu beseitigen.

Die Nordwest-Eisenbahngesellschaft hatte sich vor Kurzem herausgenommen, mehrere ihrer Bediensteten wegen Zugehörigkeit zur Union der Eisenbahnbeamten zu entlassen. Dagegen nahm die gesamte Presse sofort entschiedene Stellung; der Minister des Handelsamtes vermittelte bei der Gesellschaft, und diese stellte auf dessen Verlangen die Entlassenen sofort wieder ein und erkannte obendrein den Verein der Eisenbahnangestellten offiziell an.

In Preußen-Deutschland ist das hingegen anders. Hier sind es nicht allein die Unternehmerorganisationen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter mit allem Mitteln bekämpfen, ja selbst die öffentlichen Behörden unterstützen dieselben recht oft in diesem Bestreben. Aber auch ein Theil der deutschen Presse hat die Unverschiedenheit, offen die Beschränkung, wenn nicht gar die völlige Beseitigung des Koalitionsrechts zu verlangen. Waren es doch kürzlich die „Hamburger Nachrichten“ (in denen der Herr Bismarck's sein Weien treibt), die anlässlich des Hamburger Hasearbeiterstreiks dem ehemaligen Minister von Verlepich den Vorwurf machten, daß er die famose Knechtstellung des § 153 der Gewerbeordnung, ein wahres Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, fallen gelassen hat. Der Reichstag müsse „gezwungen“ werden, hieß es, dem § 153 drei Punkte neu hinzuzufügen, einmal sei die Strafe zu gering, die Befristung müsse eintreten, auch wenn keine Verabredung zum Versuch der Abhaltung von der Arbeit festgestellt hätte, drittens müßten die „gewerksmäßigen Agitatoren“ strengstens bestraft werden. Das Letztere ist vornehmlich das Ideal der Unternehmer; sie vergessen nur, daß die Arbeiterbewegung nicht auf den Schultern einzelner Agitatoren ruht, sondern vielmehr in sich selbst so gefestigt ist, daß sie der „gewerksmäßigen“ Agitatoren nicht bedarf, auch solche nicht hat, sondern jeder Einzelne Agitator ist für die gemeinsame Sache. Im Uebrigen tragen die Satiriker und ungläubigen Konspirationen der Unternehmer und die „unparteiliche“ Stellungnahme der Behörden nicht unwesentlich dazu bei, die indifferente Erörterung anzuknüpfen, um sie zu so entschiedenem Segnern des herrschenden Systems zu machen. Die Zahl der Kämpfer für das freie Koalitionsrecht wird daher gegen den Willen der Unternehmer und Behörden eine immer größere, tropdem und alledem.

Fromme Narren und pfäffliche Heuchler? Ein kurioses Ansehen hat die Beigabe Nummer der Kammer'schen „Hilfe“. Sie bringt auf der ersten Seite hart nebeneinander, nur durch einen Spaltenstrich getheilt, zwei Artikel: der eine heißt „Beigabten“ und der andere — „Deutschlands Seemacht“. Ja dem einen wird Christus geprieien, der der Welt die Botschaft von Liebe und Frieden gebracht hat, in dem anderen der Seehandel, der den Wüthen Schicksal und Schicksalbringer bringt. In dem einen wird für den Richter geschwärmt, in dem anderen für die Kriegskotte. Und beide Artikel tragen die gleiche Unter-

schrift: N. Zum Amusement unserer Leser wollen wir nun einige Stichproben aus beiden Artikeln bringen:

„Die goldenen Tage erscheinen, denn ein Kind ist uns geboren, ein Sohn ist uns gegeben, dessen Herrschaft liegt auf seiner Schulter und er heißt: Wunderbar, Rath, Kraft, Held, Ewigwäter, Friedebüchse. Nehmt die Garben von den Trauerweiden, spielt neue frohe Weisen, laßt die Schalmei der Hirten wieder jauchzen und laßt den Klang der himmlischen Heerschaaren auf den Gefilden Bethlehems nachklingen: Ehre sei Gott in der Höhe!“

„Wie alt ist doch schon die Hoffnung einer deutschen Seemacht! Von den Fahrten der Normannen und alten Friesen wollen wir nicht reden, aber die Hanse verdient es, in Ehren gehalten zu werden. In Lübeck, Wismar, Hamburg, Kiel, Rostock, Stralsund, Greifswald und Stettin saß ein wetterfestes Geschlecht von lautmännlichen Weltseeräubern.“

„In ihm lebte die Fülle der Gottheit in persönlicher Weise. Keine Offenbarung Gottes ist so herrlich wie diese persönliche Offenbarung. Er ist die Blüthe der Menschheit, weil er die Darstellung des göttlichen Zieles der Menschheit geworden ist. Wie sie sein und wie sie werden sollen, ist in ihm erschienen. Wohl uns, daß wir ihn kennen und haben! Ehre sei Gott in der Höhe. . . In jedem neuen Geschlecht wird das alte große Wort wieder lebendig: Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volke widerfahren wird, denn euch ist heute der Heiland geboren!“

„Um den Seehandel erhalten zu können, bedürfen die Völker der Kriegskotte. Das ist nicht angenehm, aber es ist ein Ergebnis der ganzen bisherigen Geschichte. Die Geschichte liegt uns eben in vorzüglicher Darstellung und schöner Ausstattung in einem bei W. Brunow in Leipzig erschienenen Quartbande von 800 Seiten mit Illustrationen vor. Das Werk führt den Titel „Deutschlands Seemacht“ und ist von Georg Wislicenus verfaßt.“

Die Alten und die Kinder einigen sich in trautem, gläubigem Jubel: Hosianna, gelobt sei, der da kommt in dem Namen des Herrn, Hosianna in der Höhe!“

„Es zählen also verhältnismäßig mehr als wir für ihre Flotte: England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten. Uns wird es schwer, aber die Weltgeschichte ist ihrer Natur nach hart.“

„Da es eine andere Welt giebt, in der Erlöste sich freuen, so wird auch in dieser anderen Welt die Geburt Jesu ein Gegenstand der Loblieder der Geheiligten sein müssen. Unter allen irdischen Vorkommnissen wird dann dies Eine am wichtigsten sein: Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn gab, auf daß Alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben.“

Gott gab seinen Sohn hin, um die Welt vom Teufel zu erlösen, so erzählt uns der fromme N. — und zu gleicher Zeit schlägt er die Reklametrommel, um mit dem Gelde der Armen Panzerschiffe zu bauen, die, ausgerüstet mit mordspielenden Geschützen, in die weite stürmische See geschickt werden sollen und deren spezielle Aufgabe nur die ist, gegebenen Falls über Tausende von Menschen unfähiges Leid, entsetzliches Verderben zu bringen. Man steht, Herr N. schreibt zugleich mit beiden Händen, und treu dem evangelischen Gebote, weiß seine rechte Hand nicht, was die linke thut. Das nennt man christlich-sozial-national!

Statistik der Arbeitslosen in Nordamerika. Der Arbeitskommissar C. D. Wright hat auf Grund des Zensus vom Jahre 1890, bei welchem der beruflichen Eilederung und der Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden war als bei dem Zensus von 1880, eine Statistik der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Nach dem Berichte betrieben im Jahre 1890 22 736 661 Personen im Alter von 10 Jahren und darüber eine Erwerbsthätigkeit, und von diesen waren 18 821 090 männlichen und 3 914 571 weiblichen Geschlechts. Davon waren 3 523 730 Personen, 3 013 117 männliche und 510 613 weibliche, während des Zensusjahres zeitweise beschäftigungslos, und zwar 1 818 865 1—3 Monate, 1 368 418 4—6 Monate und 436 447 7—12 Monate. Dies kommt annähernd einer Zahl von 1 139 673 Personen gleich, die während der ganzen 12 Monate in ihrem Berufe keine Beschäftigung fanden, oder 5,01 pSt. der Gesamtzahl der Personen, die eine bestimmte Erwerbsthätigkeit hatten. Nach den Geschlechtern getheilt, belief sich die Zahl der beschäftigungslosen auf 972 000 oder 5,16 pSt. und die Zahl der beschäftigungslosen weiblichen Personen auf 167 672 oder 4,28 pSt. Unzweifelhaft hat die Anzahl der Beschäftigungslosen seit dem Jahre 1890 infolge der allgemeinen geschäftlichen Depression erheblich zugenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Das Resultat der Abstimmung, betreffend Beitragserhöhung, ist vorläufig folgendes: Es haben abgestimmt 22 142 Mitglieder, welche 23 113 gültige und 20 ungültige Stimmen abgegeben haben. Von den gültig abgegebenen Stimmen sind 14 553 für und 8060 gegen Erhöhung der Beiträge. Für 25 M. Wochenbeitrag stimmten 2513 und für 20 M. 12 044 Mitglieder. Für Erhöhung des Beitrages für weibliche Mitglieder auf 10 M. stimmten 8497 Mitglieder. Endgültig kann das Resultat erst zusammengestellt werden, nachdem von einigen Orten, deren Mittheilung unklar war und wir somit reklamiren mußten, die berichtende Antwort eingelaufen ist, so daß die Veröffentlichung der tabellarischen Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses voraussichtlich erst in Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erfolgen kann. Durch die zu erwartenden Nachträge kann das Abstimmungsergebnis in der Hauptsache nicht mehr irritirt werden, da es sich nur um circa 600 Stimmen handelt. Es ist somit das obige Abstimmungsergebnis für die Beitragshöhe bis zum nächsten Verbandstag maßgebend. Da nun von 22 114 Abstimmenden sich 14 553, also die große Mehrheit, für Erhöhung der Beiträge erklärt haben, ist die Erhöhung zum Beschluß erhoben. Die Festsetzung der Beitrags-

Sie selbst ergibt sich daraus, daß nur 2518 Mitglieder sich für 25 M., dagegen 12 044 für 20 M. erklärt haben.

Der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder ist somit auf 20 M. festgesetzt.

Für Erhöhung des Beitrages für weibliche Mitglieder auf 10 M. pro Woche haben von 22 114 abstimmbaren Mitgliedern nur 8497 gestimmt; es ist daher dieser Antrag als abgelehnt zu betrachten und bleibt dieser Beitrag bis zum nächsten Verhandlungstag auf 5 M. bestehen.

In der Kürze der Zeit ließ sich nun nur erst ein kleines Quantum Marken à 20 M. herstellen, wir versenden daher mit Gegenwärtigem nur so viel, als etwa während der ersten zwei bis drei Wochen erforderlich sind und wird weitere Zusendung baldmöglichst erfolgen.

Da die Beiträge à 20 M. vom 1. Januar ab gelten, so möge Folgendes beachtet werden:

Alle Beiträge männlicher Mitglieder, welche noch vom dritten Quartal vorigen Jahres, oder den diesem vorausgegangenen Quartalen restiren, sind mit 15 M., alle vom vierten Quartale restirenden Beiträge sind mit 25 M., dagegen alle vom 1. Januar dieses Jahres ab fällig werdenden Beiträge mit 20 M. zu berechnen und mit den entsprechenden Marken zu quittiren.

Sollten im neuen Jahre fällig gewordene Beiträge schon mit 15 M. berechnet und entsprechende Marken dafür verabsolgt sein, so sind von diesen Mitgliedern für die gleiche Zahl der nachfolgenden Wochen Beiträge à 25 M. zu erheben und auch mit 25 M.-Marken zu quittiren, so daß die Summe der Beitragsleistung am Schlusse des ersten Quartals trotzdem 13 x 20 M. gleich M. 2,60 beträgt.

Da schon jetzt eine ganze Anzahl Abrechnungen eingekandt wurden, denen der Fragebogen, betreffend Berufsstatistik, nicht beigelegt war, machen wir, um unnötige Portoausgaben zu vermeiden, nochmals darauf aufmerksam, daß dieser Fragebogen ausgefüllt mit der Abrechnung eingekandt werden muß.

Der Tischler Kob. Wassenberg, geb. 17. Dezember 1853 in Braunschweig, zuletzt Bevollmächtigter der Zahlstelle Bohwinkel, wird hiermit aufgefordert, die noch in seinem Besitz befindlichen Verbandsgebühren an die Hauptkasse abzuliefern.

Folgende Mitgliedsbücher sind abhanden gekommen und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 11459 Joh. Jagitta, Tischler, geb. 5. 1. 70 zu Lübeck, 27890 Friedr. Preußner, Tischler, geb. 17. 9. 60 zu Breslau, 87866 Friß Hennig, Tischler, geb. 30. 9. 64 zu Solstdorf, 73341 Franz Pöglner, Tischler, geb. 28. 12. 58 zu Cöslin, 77349 Berthold Kortmann, Tischler, geb. 30. 8. 72 zu Nienburg, 77875 Karl Chaminiotti, Bildhauer, geb. 6. 7. 51 zu Mattand, 81036 Aug. Fischer, Tischler, geb. 5. 11. 75 zu Kinteln, 89281 Rud. Geilsdorf, Tischler, geb. 15. 8. 52 zu Plauen, 97019 Ernst Doffe, Tischler, geb. 5. 5. 79 zu Münden a. D., 110046 Rag Fuchs, Holzarbeiter, geb. 26. 2. 79 zu Ruppendorf.

Stuttgart, den 9. Januar 1897. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Furtwangen. Profit Neujahr! dachte die Direktion der Badischen Uhrenfabrik, da maßregelte sie drei Kollegen. Als dieselben nach der Begründung fragten, wurden sie mit der Bemerkung abgewiesen, es bestehe nirgends eine Verpflichtung und es ist auch den Arbeitern bei Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses nicht aufgegeben zu sagen, aus welchem Grund man kündigt. Man kann indessen mit Sicherheit annehmen, daß die Maßregelung zum größten Theil auf Verbandsaktivität, sowie auch auf Nichtgefallenlassen verschiedener anderer Chikanen zurückzuführen ist.

und haben Unterstützung zugesagt. Wir ersuchen die Arbeiter der Schwarzwälder Uhrenindustrie, speziell Holzarbeiter, den Bezug bis auf Weiteres strengstens fernzuhalten. Da es hier nur ein Entweder Oder giebt, wird die Sache bald erledigt sein.

Meiderich. Hier ist eine Verwaltungskasse der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter gegründet worden. Kollege Hemsoth aus Duisburg erläuterte das Statut der Kasse, woraufhin sich gleich 27 Anwesende durch Unterschrift bereit fanden, der Kasse als Mitglieder beizutreten. Bis zur Stunde hat sich die Zahl auf 50 vermehrt.

Schwölm. Zu dem in voriger Nummer erschienenen Bericht habe ich folgende Berichtigung zu bringen: Da ich nicht die genügende Zeit hatte, den Bericht zu schreiben, durch Umstände auch verhindert war, den Bericht durchzusehen, hat sich ein Irrthum eingeschlichen, indem dem Kollegen Schulz (Jena) der Vorwurf der Nachlässigkeit gemacht wird. Ich konstatire hierzu Folgendes: Nach dem mir zugegangenen Bericht des Vorstandes war die Entsendung des Kollegen Schulz (Jena) in Aussicht gestellt, jedoch ein Zeitpunkt des Eintreffens derselben nicht angegeben. Da nun Kollege Veipart sowie im Auftrage des Vorstandes auswärts zu thun hatte, wurde derselbe beauftragt, Schwölm mit zu besuchen; dadurch machte sich das Erscheinen des Kollegen Schulz überflüssig, und wurde ihm dies auch von Seiten des Vorstandes angezeigt. Es trifft also den Kollegen Schulz in dieser Weise kein Vorwurf und nehme denselben hiermit zurück.

W. H. Schmidt, derzeitiger Bevollmächtigter.

Pittau. Am 30. Dezember wurde den Arbeitern der Salzfischfabrik von Max Bettelein das Ansuchen gestellt, Abends beim Nachhausegehen Kontrollmarken zu entnehmen und die Mitteilung gemacht, daß, wer zu spät komme, 20 M. Strafe zu zahlen habe. Das geschah, ohne daß vorher mit den Meistern und Arbeitern darüber verhandelt worden wäre. Sämmtliche Tischler und Maler gehen nach Hause, ohne die Marken zu nehmen. Am 2. Januar kommen sie wieder zur Arbeit und finden die Werkstatthüren geschlossen. Infolgedessen gingen sie wieder fort und wollten am 4. die Arbeit wieder aufnehmen, was auch geschah. Da fand sich nun Herr Bettelein bewogen, mit den Arbeitern zu verhandeln. Das Erste war die Entlassung der beiden Werkführer Schneider und Müller, welche er jedoch im Laufe der Verhandlungen zurückzunehmen sich genöthigt sah. Nun trat die Angelegenheit in andere Bahnen. Es war den Werkmeistern und Arbeitern längst bekannt, daß der Buchhalter Ihme bei früheren Lohnbrüderereien, sowie allen anderen Chikanierungen die Hand im Spiele hatte und richtete sich die Spitze gegen Ihme. Es wurde die Forderung an Herrn Bettelein gestellt, den Ihme zu entlassen, welcher Forderung er auch nachkommen wollte, in einer halben Stunde sich aber eines Andern befand und die Erklärung abgab, den Ihme erst in einem halben Jahre entlassen zu können. Darauf legten die zwei Werkmeister die Arbeit nieder und ihnen schlossen sich sämtliche Tischler und Maler an. Leider sei es geklagt, daß nicht ein Einziger organisiert war — erst nachher traten sechs Tischler dem Verbands bei — und dieser Kampf voraussichtlich in sich zusammenfällt und zwar durch die Wankelmuthigkeit der Kollegen selbst. Aber er zeigt doch, daß die Arbeiter nicht gewillt waren, sich Alles bieten zu lassen. Daß sonderbare Verhältnisse in der Bettelein'schen Fabrik vorhanden sind, beweist der einmüthige Widerstand der Arbeiter. Hoffentlich machen sie Schule für die Zukunft und lernen erkennen, daß nur Einigkeit stark macht, damit auch hier der Indifferentismus sein Ende erreicht. Es sei darum den hiesigen Kollegen an's Herz gelegt, fest am Verband zu halten, wir werden dann eine Macht bilden, mit der die Arbeitgeber rechnen müssen. Reiseunterstützung zahlt Herrmann Winkler, Grottauertstr. 32, 1. Et., Abends von 7 bis 8 Uhr.

Konferenz der Zahlstellen des östlichen Westfalen und der beiden Lippe'schen Fürstenthümer, abgehalten am 27. Dezember 1896 zu Herford.

Betreten waren neun Orte durch 15 Delegirte. Nicht vertreten waren Gütersloh, Pippstadt, Büddeck und Deynhäusen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Agitationscomitès. 2. Agitation und Organisation. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Anträge und Verschiedenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung giebt Kollege Schreck folgenden Bericht über die Thätigkeit des Comitès im verfloffenen Jahre. Das Comitè hat im letzten Jahre sein Hauptaugenmerk auf die Entwicklung und Erhaltung der bestehenden Zahlstellen richten müssen, selbstverständlich ohne die Agitation in denjenigen Orten, in welchen noch keine Organisationen bestehen, zu vernachlässigen. Von Erfolg sei das Bestreben vor Allem in Bielefeld gewesen. Das letzte Frühjahr brachte uns mehrere wichtige und bedeutende Lohnbewegungen und Streiks. Von den ersteren verdient hervorgehoben zu werden die Stellmacher-Bewegung in Bielefeld, welche mit einem vollständigen Siege endigte, da alle Gezellen organisiert waren und sehr taktisch voringingen. Von dem Verlauf einer Bewegung der Arbeiter desselben Berufes in Lemgo wurde uns keine Mittheilung gemacht, wie denn diese Zahlstelle sich überhaupt wenig an der energischen Arbeit betheiligte. Der große Dürkopper Streik in Bielefeld, an welchem auch 200 Holzarbeiter betheiligt waren, hat, wenn er auch nicht mit einer Niederlage endigte, das erfreuliche Resultat gezeitigt, daß die Gewerkschaften hier mächtig angewachsen sind. Die Bielefelder Zahlstelle benutzte die günstige Gelegenheit, Versammlungen zu arrangiren, das Comitè stellte die Redner, und dank der gemeinschaftlichen Arbeit, wird in kurzer Zeit das vierte Hundert unserer Mitglieder voll sein. Ende April brach in Herford bei der Firma Kopske ein Streik der Tischler aus, welcher länger als 13 Wochen andauerte und schließlich im Sande verlies. Von den 62 Ausständigen waren nur 10 organisiert. Das Comitè erhielt erst durch die Zeitung Kenntniß von diesem Bahnkampfe, sagte seine Hülfen zu

und Schreck weilte mehrere Tage dort. Namentlich bei den Verhandlungen vor dem Bürgermeister, welcher ein Vermittlungsverfahren einleitete, war Sch. zugegen. Leider muß hier konstatirt werden, daß die Herforder Ortsverwaltung sich sehr wenig um die ganze Sache bekümmerte und sehr wenig bezüglich der gebotenen Agitation unternahm.

Die Rüge kann im Allgemeinen den Zahlstellen überhaupt nicht erspart bleiben, daß von ihnen sehr wenig Anregendes für die Agitation gegeben wurde. In den meisten Fällen mußte erst vom Comitè ein, wenn auch unanfechtbar, Rippenstoß den Verwaltungen versetzt werden. Manche Zahlstelle figurirt eigentlich nur auf dem Papier, von erstem Fundeln spürt man nur wenig, bei einzelnen erfreulichen Ausnahmen.

In Bielefeld und Blomberg rüstet man sich schon jetzt zu einer kräftigen Lohnbewegung. Namentlich in ersterem Orte ist eine Kommission eifrig thätig, ein genaues Material zu schaffen und gut zu organisiren. In Minden und Deynhäusen sind unsere Zahlstellen trotz der vielen Holzarbeiter zusammengekommen. Die Ursachen hierfür liegen zum Theil darin, daß nicht die richtigen Personen am richtigen Plage stehen und in dem großen Indifferentismus. Würden die einzelnen Zahlstellen das Comitè mehr unterstützen und mit dessen Hülfen gemeinschaftlich handeln, würde eine Besserung in Bälde eintreten.

Öffentliche Versammlungen fanden statt auf Kosten des Comitès in Gütersloh 2, in Büddeck 2, in Büddeck, Bielefeld, Blomberg, Deynhäusen, Pippstadt, Minden, Melle und Herford je eine. Auf Kosten der Orte selbst in Bielefeld 6, Herford 4, Detmold 2, Münster 1. Mittheilung insgesammt 23.

Relevante hielten Skomke 5, Hoffmann 2, Herrmann 1 und Schreck 15.

Ferner wurden von obigen Rednern noch diverse Vorträge in Zahlstellersammlungen gehalten. Der Verbandsvorsitzende Klotz-Suttgart sprach gelegentlich einer Tour in Bielefeld, Herford und Münster. Auf der Konferenz unseres Nachbarbezirks in Düsseldorf ließ sich das Comitè durch den Kollegen Schreck vertreten. Neugründungen fanden nicht statt, nur die Zahlstelle Pippstadt schloß sich uns an. Im Austrage des Hauptverbandes hatte Schreck in den Zahlstellen Büddeck, Pippstadt und Soest bei den Verwaltungen einzugreifen, und gelang es auch überall, das gewünschte Resultat zu zeitigen. Mitte Juni wurde ein von uns herausgegebenes Flugblatt in einer Auflage von 3000 verbreitet. Die Korrespondenz war eine sehr ausgedehnte. Es gingen ein, insgesammt 103 Sendungen. Ausgesandt wurden 109 Postsendungen. Die Kasserverhältnisse gestalteten sich wie folgt:

Einnahme: Kassenbestand vom 1. Januar 1896 M. 38,08. Von den Zahlstellen eingekandt: Bielefeld M. 81,20, Blomberg 8,80, Büddeck 8,80, Büddeck 1,20, Detmold 10, Gütersloh 4,50, Herford 21,50, Lage 1,50, Pippstadt 3,50, Lemgo 2,80, Münster 19,40, Minden —, Deynhäusen —, 80, für Vortrag 5. Summa M. 207,18. Ausgabe: Für Agitation (Jahresgeld, Spesen etc.) M. 80,20, Druckkosten 46,20, Porto und Diverses 13,51. Summa M. 139,91. Mittheilung bleibt ein Kassenbestand von M. 67,27.

Bliden wir zurück, so muß ich uns der Gedanke aufdrängen, gewiß, es ist gearbeitet worden, aber es genügt nicht. Sorge deshalb jeder Ort für ein regeres Leben. Die Zeiten wirtschaftlicher Prosperität sind da, es gilt, sie auszunützen. Dieses kann nur geschehen, wenn allen Verpflichtungen nachgekommen wird. So wie man in verschiedenen Orten sich rüstet zum energischen Kampfe, so muß es überall geschehen. Gemeinsam auch nach dieser Richtung hin zu handeln, muß unsere Aufgabe sein. Benutzen wir die Gelegenheit, zeigen wir uns als Beherrscher der Situation und der Sieg wird nicht ausbleiben. Agitiren, organisiren verleiht uns Kraft, unsere Ziele durchzuführen. Energie, Kampfesfreudigkeit, gepaart mit taktischer Klugheit, vermögen unsere Macht zu stärken. Deshalb frisch an's Werk!

Zu Punkt 2 wird ein Antrag angenommen, im Februar eine Agitationstour zu arrangiren. Sämmtliche Zahlstellen sollen verpflichtet sein, bis 20. Januar dem Agitationscomitè den Namen des gewünschten Redners anzugeben. Ebenfalls wird auch ein Antrag Bielefeld angenommen, zur Lohnbewegung einen auswärtigen Redner heranziehen zu dürfen. Die Frage, Regelung des Arbeitsnachweises, wird, weil verrißt, abgelehnt, die Regelung aber den einzelnen Zahlstellen zur Beachtung empfohlen. Die gegahlten Agitationsbeiträge sollen für die Folge mit Marken quittirt werden. In das Agitationscomitè wurden gewählt Schreck, Herrmann und Oldenburger.

Die nächste Konferenz findet am zweiten Weihnachtstage 1897 in Bielefeld statt.

Konferenz der Zahlstellen für Schleswig-Holstein abgehalten am 3. Januar 1897 zu Neumünster.

Betreten auf derselben durch Delegirte waren Altona, Blankeneje, Elmshorn, Eutin, Flensburg, Hamburg, Heide, Speyer, Kiel, Meldorf, Neumünster, Rendsburg, Freez, Schleswig und Aeterjen. Nicht betreten waren Apencade, Bergedorf, Gaarden, Glücksstadt, Julum, Lauenburg a. E., Warne, Mölln, Pinneberg, Segeberg, Wesseldorf und Wisfler. Entschuldigt hatten sich Eckardtörde und Wandtbel.

Die Tagesordnung war: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Delegirten. 3. Antrag Neumünster auf Abschaffung der Agitationskommission. 4. Wie können wir die Agitation besser als bisher fördern? 5. Stellungnahme zu den im Frühjahr eventuell stattfindenden Lohnbewegungen der Holzarbeiter. 6. Verschiedenes.

Nachdem festgestellt daß 15 Orte durch je einen Delegirten, und die Agitationskommission durch Fiedler, Kiel, vertreten sind, wird auf ein Eingehen auf die beiden ersten Punkte der Tagesordnung verzichtet, da dieselben den Delegirten schon anderweitig bekannt sind.

Die Kassenverhältnisse stellen sich wie folgt: Vom 12. Juni 1894 bis 18. Mai 1895: Einnahme M. 253,40, Ausgabe M. 164,32, Kassenbestand M. 89,08. Vom 18. Mai 1895 bis 3. Januar 1897: Einnahme M. 363,63, Ausgabe M. 206, Kassenbestand M. 157,63.

Die Richtigkeit der Abrechnungsbelege und Bücher wird von der dazu gewählten Kommission konstatirt und der Agitationskommission Decharge erteilt.

Punkt 3, Auflösung der Agitationskommission, wird von dem Delegirten für Neumünster mit der Motivirung begründet, daß dieselbe nur auf dem Papier bestehe, die größeren Orte hätten Partelle zu bilden. Die Versammlungen der Holzarbeiter mit Referenten wurden zu schlecht besucht. Die Ausgaben dafür ständen in keinem Verhältnis. In der Diskussion,

an der sich die Delegierten von Altona, Schleswig, Brees, Hamburg, Flensburg, Elmshorn, Kiel, Rendsburg und Meisdorf beteiligten, wird die Agitationskommission für die Ausbreitung des Verbandes als durchaus vorthellhaft geschildert und für die Besetzung dieser Kommission plädiert; nur Rendsburg ist für Abschlaffung. Der Antrag der Bahlische Neumünster wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Beitrag wird beschlossen, den Agitationsbezirk in kleinere Bezirke zu zerlegen. Hamburg und Altona werden die Orte Lauenburg a. S., Mölke, Elmshorn, Bismberg, Uetersen, Oldshadt, Plantenese, Wandshel und Bergedorf, zur Agitation zugewiesen; Brees die Orte Wilsdorf, Meisdorf, Marne, Seide und Westphalen; Flensburg die Orte Husum, Schleswig und Apenrade; Neumünster die Orte Rendsburg, Seesberg und Dierklo; Kiel die Orte Saarden, Brees, Estia und Ederförde. Die genannten Orte haben sich in allen Angelegenheiten, die Agitation betreffend, an die Kommission in Kiel zu wenden, welche das Weitere veranlaßt.

Punkt 4 ist durch die Eintheilung der Bezirke erledigt; betont wird jedoch, in den kleinen Orten den Sonnabend Abend oder Sonntag zum Abhalten von Versammlungen zu benutzen, wenn nicht die Konferenz zu. Gleichzeitig wird der Antrag Blankenese, die Beitragsleistung an die Agitationskommission betreffend, zur Debatte gestellt. Nach eingehender Diskussion wird beschlossen, keine neuen Beiträge einzuführen, vielmehr sollen die Bahlischen die bisher der Kommission Beiträge zuwenden, je nach ihren Verhältnissen.

Au Punkt 5 bleibt der Kieler Delegierte die Begründung: Er beymede hauptsächlich zu verhindern, daß nicht alle eventuellen Arbeitsverhältnisse gleichzeitig inszeniert werden. In der Diskussion wird betont, daß einestheils die Zentralsteuergesellschaft, falls Unterstützung durch dieselbe erfolgen soll, mit zu bestimmen haben müsse, andererseits wird betont, jeder Ort müsse den geeigneten Zeitpunkt benutzen; darüber Bestimmungen zu treffen, sei unzulässig. Unter Punkt 6 wird die Auszahlung der Reiseunterstützung durch die Herzogswitzke gerügt, die doch in den meisten Fällen am Berichtsbeleg kein Interesse, folglich mit den statistischen Bestimmungen bezüglich der Ausstellung von Reiselegitimationen auch nicht vertraut sein könnten. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Verwaltungsmittel solcher selbst besorgen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Bahlische Gesellschaft trotz der erfolgten Abstimmung im September 1896 für das 4. Quartal 15 1/2 Markten statt der 26 1/2 Markten vermindert habe. Ein Antrag, dem Vorsitzenden der Agitationskommission für seine Thätigkeit M. 30 zu bewilligen, findet Annahme. Derselbe wird die M. 30 allgemeinen Zwecken wieder zuwenden. Hiermit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, in welchem er darauf hinwies, daß in Zukunft geeignete ledige Kollegen nach Orten dirigiert werden, in Arbeit zu treten und die Agitation zu fördern, fand die Konferenz ihr Ende.

An die Bahlstellen der Pfalz!

Betreffs der diesjährigen Konferenz macht das Agitationskomitee den Vorschlag, dieselbe in Ebenloben abzuhalten. Sollten Bahlstellen sein, die nicht damit einverstanden sind, so bitten wir, spätestens bis Ende Januar dagegen zu reklamieren. Gleichzeitig eruchen wir die Bahlstellen, besonders Pirmasens, bis zu oben genannter Zeit ihre Beiträge an das Agitationskomitee zu entrichten, damit wir in der Lage sind, die Abrechnung rechtzeitig fertigstellen zu können.

Das Agitationskomitee der Holzarbeiter für die Pfalz. Jul. Schultze, Ludwigshafen a. Rh.

Eingekandt.

Giebt es ein Recht in der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Arbeiter und wo ist solches zu erlangen? Diese Frage mag ich an die Verantwortlichen und speziell an die Delegierten der 14. Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse richten. Ich hatte Mitleid, gegen den Vorstand Beschwerde zu führen, in erster Linie beim Ausschuss in München, und glaubte, dieselbe würde die Angelegenheit prüfen, die Ansicht des Vorstandes hören, mir diesbezüglich mitteilen, dann von beiden Parteien Rechtfertigung verlangen und darauf das Urtheil sprechen. Ich hatte mich aber sehr geirrt. Der Ausschuss hat zwar, wie weit wo, Nachrichten angeordnet und Material gesammelt, nur nicht bei mir. Er hat es nicht einmal für nöthig befunden, mir dasselbe mitzutheilen, noch viel weniger meine Rechtfertigung einzusehen; so dass ich wurde auf Grund der Anlage (von dem, ist mir nicht ganz genau bekannt) mit der Beschwerde abgewiesen, nach reinem System auf administrativen Wege. Ich kam da zu der Überzeugung, daß der Ausschuss nicht das adäquate Verfahren ist, eine derartige Verhältnisse vorzutragen, und wandte mich deshalb an die Generalversammlung, aber auch hier mußte ich die Erfahrung machen, daß es nicht ratsam ist, den Ausschuss bei seiner Prozedur zu verlassen, denn die Beschwerdekommision machte es ebenso wie der Ausschuss, sie hörte jedenfalls den Vorstand und den Delegierten von Hannover, also beide Gegenparteien, und ich wurde mit der Beschwerde auch dort abgewiesen. Ich muß nun die Frage an die Verantwortlichen und speziell an die Delegierten der Generalversammlung richten, was für namenloses Unglück würde entstehen, wenn unsere finanziellen Berichte nur den Staatsanwalt überlassen werden und danach den Angeklagten ohne Weiteres aburtheilen? es würde der Fall eintreten, daß von 1000 Angeklagten kaum einer freigesprochen würde. Es wird aber nicht verstanden; es wird jedem Angeklagten sein Vergehen oder Verbrechen vorgehalten und ihm Selbstenbeweis gegeben, sich zu vertheidigen; ja, es wird noch weitergegangen, es wird selbst dem Staatsanwalt die Beweismittel zur Vertheidigung beigegeben. Und ein Arbeiter Mann, die genaute Rechte, urtheilt frei und willig. Ich kann es nicht lassen, wie man gerade in Arbeiterkreisen in München vorgehen kann. Ob ich im Recht oder Unrecht bin, das hier gar nicht in Frage kommt, sondern was hier im's Gericht fällt, ist das: wenn nur eine Partei gehört wird, kann ein unparteiisches Urtheil nicht gefällt werden. Hr. Karnow, Hannover, Samstag, 18.

wollte, die ihn garnichts anging. Ueber diesen Irrthum braucht sich Meister Heimke nicht zu entrichten, denn d. S. würde ganz gut in seine Bude passen. Wenn aber Meister S. gleich zu Anfang seiner sogenannten Richtigkeit sagt: Sonntags Nachmittags gab es wie an anderen Tagen Kaffe und Abendessen, so wird ich nur bemerken, daß ich in meiner Zeit und wie der Auskollege Proff auch selbst zu mir gesagt hat, nie etwas bekommen habe. Und von Nichtanwesenheit konnte keine Rede sein, denn ich war Sonntags bis Abends trotz der jämmerlichen Einrichtung immer da, aber man wurde einfach garnicht zum Essen gerufen. Am ersten Sonntag, das ist wahr, wurde mir von der Madame Abendessen mit dem Bemerkten verabreicht: "Sie haben ja keine Sachen da und können noch nicht ausgehen." Dies war Deutsch!

Auch bedanke ich mich bestens für seine freundschaft im ersten Stock gelagerte Werkzeuge, die meistens mit Erläutern aller reparaturbedürftiger Holzwaren, in denen nicht selten, wie jeder Kollege weiß, auch Ungeziefer, z. B. Wanzen, vorhanden sind. Und wenn man den Lackstaub und allerhand andere Dünste 13 Stunden genossen hat, ist man zufrieden, wenn man herauskommt.

Mit dem Logis habe ich durchaus nicht übertrieben. Wenn Meister S. ein altes Lattengerüst und ein Brett darauf genagelt einen Tisch nennt, kann ich nicht dafür. Was Herr S. mit den inhaltlichen Behauptungen meint, weiß ich nicht. Sollte ihm der fromme Bruder Proff gesagt haben, daß ich ihn mehrere Male wegen Quantitäten aus dem Bett werfen wollte? Das wäre hübsch, sich auch noch betarrige Sch... gefallen zu lassen! Hermann Müller, Berg-Grabbach b. Köln, Wupperfürtherstr. 11.

Achtung Bäckermacher!

Eine Anstaltskassette, die allen Kollegen zu empfehlen ist, ist die des Herrn Frohde in Laced, Säulenstraße 49. Es arbeiten dort seit einigen Wochen drei Mann. Jedoch haben zwei wieder aufgegeben und zwar wegen der horrenden Löhne, die dort verdient werden.

Ein Kollege sagt aus: Er habe M. 18 bis höchstens M. 17, ein Anderer sogar nur M. 8 bis höchstens M. 10 verdient. (Bemerkte sei, daß dieser Verdienst in 6 Tagen erzielt ist; also in seiner Feiertagswoche). Es wird dort meistens in Stücheln gearbeitet. Für Einziehen wird bezahlt 75 1/2 für Fibr, 90 1/2 für Kolubben und Wurzeln, jedoch muß die Waare noch sauber gearbeitet und ausgeputzt werden. Für Bechen wird M. 1.80 bezahlt mit Ausputzen und Beschneiden, jedoch dauert die Arbeit höchstens 1 1/2 bis 2 Tage. Außerdem wird der Beschapparat oftmals noch als Reismaschine benutzt und die Gesellen können warten.

Das Mischen besorgt der Meister selbst. Jedoch müssen die Gesellen beim Einziehen sowohl, wie beim Bechen, auf's Material warten, oder müssen sich das Material selbst zurecht, natürlich mengenmäßig, was leider die Gesellen auch oftmals gethan haben, um nicht noch mehr zu verdienen. Es kommt sogar oft vor, daß der betreffende Meister von den Gesellen verlangt, sie sollten nach Feierabend und Sonntags arbeiten, obgleich dieselben oft Stunden lang auf Arbeit warten müssen. Man kann sich überhaupt ein Bild von den Verhältnissen machen, wenn man bedenkt, daß dort bei eifriger Arbeitszeit M. 8-17 verdient werden. Werkzeug ist in der Werkstätte für nur einen Mann vorhanden, trotzdem verlangt der Meister, 2 Mann sollen sich damit behelfen. Außerdem ist nur eine Lampe vorhanden, welche bei der Bohrmaschine hängt, die anderen Arbeiter müssen halb im Dunkeln arbeiten; wenn jedoch die Arbeit nicht sauber ausgeführt ist, droht der Meister, er werde die Arbeit nicht bezahlen.

In hygienischer Hinsicht ipostet die Werkstätte jedoch jeder Beschreibung. Man denke sich einen Raum 2 1/2 m lang und ebenso breit und in einer Höhe von 2 m, also ungefähr 24 cbm Raum für vier Mann. Außerdem befindet sich in der Werkstätte eine Drechsel, Krüsen mit Kartoffeln und Kuntelrüben, welche noch den größten Raum ausfüllen.

Kollegen, welche Lust haben, dort anzufangen, wollen nicht veräumen, sich bald auf den Weg zu machen, denn dort können sie nach dem Bibelwort leben: ihr sollt nicht Schätze sammeln, daß sie die Kratten und der Koff freisen. Denn das Geld, das dort verdient wird, ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. C. K.

Leipzig-Entzich.

Auf das Gesuch der Firma F. A. Schütz, Holzschleiffabrik hier, habe ich mich vor drei Wochen an die zu bezeugende Stelle von Hamburg aus besprochen, die ich denn auch erhielt mit der Versicherung hohen Lohnes bei entsprechender Leistung. Doch wurde ich in meinen Erwartungen arg getäuscht, denn ich erhielt einen Arbeits (eigen, roh), unten ein Schränkchen mit zwei Thüren mit durchbrochenen Gitterungen, auf demselben eine Etage mit Bauge und zwei Schubladen, unter der Platte zwei Schieber und auf der Platte eine Gallerie, wofür mir M. 24 zum Auford gegeben wurden, der aber dann auf M. 33 Arbeitslohn (bei 36 1/2 pro Stunde) kam, worauf ich natürlich die Arbeit niederlegen mußte. Es giebt es in diesem Geschäft für einen Diplomatenkreidlich (eigen, roh) M. 35, für eine Baigklommode mit zwei Thüren, zwei Schubladen und getrimmten Seiten M. 11, für ein Nachtschränkchen M. 6 Arbeitslohn (Alles einzeln und nach Zeichnung), wofür man natürlich diese Gegenstände anzuführen nicht im Stande ist.

Sollte mancher Kollege Obiges nicht für glaubwürdig oder übertrieben halten, so kann sich ja Jeder von diesen glänzenden Verhältnissen überzeugen. Paul Kohlert.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Situation in den Eisenberger Staudfabriken ist wenig verändert. Die übrig gebliebenen prellenden Tischler sollen so nach und nach an ihre alten Plätze kommen; Buchbinder sind noch sieben zu unterstützen, von Tischlern noch einer. Zwei Mitglieder der Bahlische, Brönigam und Friedrich, wurden wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Achtung, Holzmacher! Wegen Aufregung eines Kollegen und unangenehmiger Lokalisation hat in der Werkstätte des Holzmachers Carl Apelt in Mühlberg a. E. Differenzen ausgebrochen. Junge ist deshalb ferngehalten.

Der Streik der Drechsler in der Cellulosewarenfabrik von Schantz & Engelmann in Leipzig ist, wie der "Bismarck"

meldet, beigelegt. Die Firma bewilligte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Handverfammling des Vereins der Holzindustriellen Rheinlands und Westfalens beischloß einmüthig, von jetzt ab bis Weiteres, angeblich wegen der "bedeutend gestiegenen" Rundholzpreise, für den Kubikmeter baufertiges Holz M. 46 ab Duisburg, Düsseldorf, Wälsheim (Rhein), Köln, Neuß und Biele zu fordern, mit entsprechender Erhöhung für vollkantiges und schwartantiges Bauholz. Die Preise gelten für Händler und Unternehmer.

Der Milzbrandkrankheit ist in Nürnberg die Hinfel-orkheitin S. Buch, 26 Jahre alt, nach nur dreitägiger Krankheit am 5. Januar zum Opfer gefallen. Sie kam, wie uns mitgetheilt wird, vor drei Monaten aus Thüringen, um in Nürnberg Arbeit zu finden. Solche fand sie, aber auch ihren Tod. Wie viele Arbeiterinnen und Arbeiter werden dieser schrecklichen Krankheit noch erliegen, wenn nicht sofortige seitens der Behörden eingegriffen wird. Man sollte doch meinen, daß, wo der eben mitgetheilte Fall der dritte innerhalb dreier Monate ist, sie nicht länger zögern darf, um endlich die Arbeiter und Arbeiterinnen zu schützen, daß sie nicht im Interesse des Unternehmervorfalls, daß dessen Kontis einzig die Unterlassung der Desinfektion der Vorposten und Haare gescheit werden muß, ihr Leben lassen müssen!

Ueber die Entwicklung der Bäckermacheret von Hausindustrie und Handwerk zum Großbetriebe in Baden bringt die "Badische Gewerbezeitung" einen längeren Aufsatz, dem wir auszugswweise das Folgende entnehmen: Vor 125 Jahren begann in Todtnau im Wiesenthal die Herstellung der ersten ordinären Bäckern, und zwar war es L. Thoma, der 1771 damit begann. Am Anfang dieses Jahrhunderts schloß sich die Herstellung feinerer Bäckern an. Ursprünglich wurde das Fabrikat durch Handarbeit abgefeilt und recht viele Personen beschäftigten sich mit der Herstellung, und zwar vornehmlich als Hausindustrielle, die aber nicht für einen Kaufmann oder Verlagsgeschäft, sondern für eigene Rechnung arbeiteten. In den fünfzigsten Jahren wurde durch Vermittelung der großherzoglichen Regierung in Todtnau ein Musterlager eingerichtet, um neue Formen bekannt zu machen, und wurde auch für Unterrichtsverteilung gesorgt, um gewisse Verbesserungen vornehmen zu können. Anfangs wurde die ganze Härte von jeder Familie gemacht, mit einfachen Werkzeugen. Seit den sechzigsten Jahren begann der fabrikmäßige Betrieb mit Maschinen und streng durchgeführter Arbeitstheilung sich zu entwickeln, so daß es jetzt besondere Bäckernhöfzerfabriken neben denen, die sich mit dem Einziehen der Vorposten befassen, giebt. Allmählich wurde auch die Bäckernfabrikation aufgenommen. In den Jahren 1847 und 1853 zählte die Industrie noch zu dem Kleinbetriebe, sie ist deshalb in die Statistik nicht aufgenommen. Auch 1862 zählte sie noch dazu und zwar mit 108 Weikern und 151 Gehälften. Im übrigen Lande wurden noch gezählt 48 Weiker mit 41 Gehälften. Seitdem ist ein großer Umschwung eingetreten; die Zahl der Weiker oder Geschäftsinhaber hat sich vermindert, die der Arbeiter außerordentlich gesteigert, so daß nun ein anderes Zentrum hat sich auf der Höheebene an der Grenze des Schwarzwaldes, im Amt Donaueschingen, gebildet. In Todtnau finden sich jetzt vor: 8 Geschäfte mit 342 Arbeitern, dann noch weiter im Amt Schönbau in den Orten Oettingen, Brandenberg, Kuggenbrunn, Neuenweg, Schönbau, Todtnauberg, Ugenfeld und Wieden, 11 Fabriken mit 219 Arbeitern, ferner in den benachbarten Orten des Amtes St. Blasien, Todtnau und Bernau 2 Geschäfte mit 38 Arbeitern. Ein Theil der Firmen fertigt auch die Bäckernhöfzer an; für solche fast allein bestehen aber in beiden Aemtern noch 32 Geschäfte mit 1-9 Arbeitern, in Summa 113. Im Ganzen sind somit am Fuß des Heidebergs 713 Arbeiter in der Industrie thätig. In der Umgegend von Donaueschingen sind 5 Fabriken entstanden in den Orten Essingen, Oberhaldingen, Altdöschingen und Altmendshofen (2); letztere beiden nahe gleich groß mit zusammen 229 Arbeitern, fertigen auch Bäckel; an den drei anderen Orten sind 75 Arbeiter beschäftigt, in Summa somit 304 im Amt Donaueschingen. Sonst werden noch im Lande aufgezählt in den Orten Heidelberg, Hiegelshausen, Dretten, Durlach, Malsatt, Nordrach und Freiburg 8 Bäckernhöfzerfabriken mit 197 Arbeitern. Es sind somit im Ganzen in der Industrie beschäftigt 1214 Arbeiter, welche eine über den Landesbedarf hinausgehende Menge Bäckern fertigen.

Diese wenigen Bäckern zeigen, daß sich für das Kleinhandwerk die Existenz immer schwerer gestaltet und sie der Großindustrie doch schließlich das Feld räumen muß; selbst die Hausindustrie hat schwer zu kämpfen mit dem Fabriksystem und wird sich nicht halten können, selbst wenn die sprichwörtlich gewordene kammernswürthe Bedürfnislosigkeit und Genügsamkeit der Arbeiter auf eine noch härtere Probe gestellt werden sollte; auch dann werden sie die Konkurrenz nicht aushalten, wenn wirklich ihre Leistungsfähigkeit durch technische Schulen und Handfertigkeitunterricht in etwas gehoben werden sollte. Die Hausindustrie wird im Allgemeinen — auch in der Bäckern- und Bäckernfabrikation — nur so lange existieren, als die Arbeiter in demselben mit ihrer traurigen, jammervollen Lage zufrieden sind. Ist das nicht mehr der Fall und regt sich in ihnen, was wir selber bezweifeln, der Trieb, nun nicht mehr freiwillig den Hunger zu wässern und lieber Fabrikarbeiter zu sein, dann würde es anders werden. Die Produktionskosten würden sich für den Verleger resp. Kaufmann höher stellen und er würde darauf verzichten, die Waare in hausindustriellen Betrieben herstellen zu lassen, wäde sich vielmehr an die Fabriken wenden oder selbst Fabrikant werden. Aber! — doch spinnen wir diesen und jedesmal melancholisch kimmenden Faden für heute nicht weiter aus.

Die Musikinstrumentenmacher im badischen Schwarzwalde. Im Schwarzwald besteht, in ihrer Art einzig in der Welt, die Fabrikation von Musikwerthen, welche aufgezogen werden und eine orchesterartige Musik spielen, deshalb auch "Orchesterinstrumenten" genannt werden. Sie haben sich aus der Uhrmacherei herausgebildet. Eine erste Spieluhr wurde 1766 in Reutkirch gebaut, sie hatte Glasglöckchen. Um 1770 wurde das erste Spielwerk mit Pfeifen gebaut; damit trennte es sich von der Uhr und fand seine selbstständige Entwicklung, welche bis heute immer weiter fortgeschritten und nun zu mächtigen Werken von ganz erstaunlicher Wirkung geführt hat, die im Preise bis an M. 50 000 gehen. Der Abzug der größeren Werke geht vorzugsweise in's Ausland, namentlich Rußland, England und

Die Musikinstrumentenmacher im badischen Schwarzwalde. Im Schwarzwald besteht, in ihrer Art einzig in der Welt, die Fabrikation von Musikwerthen, welche aufgezogen werden und eine orchesterartige Musik spielen, deshalb auch "Orchesterinstrumenten" genannt werden. Sie haben sich aus der Uhrmacherei herausgebildet. Eine erste Spieluhr wurde 1766 in Reutkirch gebaut, sie hatte Glasglöckchen. Um 1770 wurde das erste Spielwerk mit Pfeifen gebaut; damit trennte es sich von der Uhr und fand seine selbstständige Entwicklung, welche bis heute immer weiter fortgeschritten und nun zu mächtigen Werken von ganz erstaunlicher Wirkung geführt hat, die im Preise bis an M. 50 000 gehen. Der Abzug der größeren Werke geht vorzugsweise in's Ausland, namentlich Rußland, England und

Amerika, und es befinden sich dazwischen auch Schwarzwalder Händler und Sachverständige, welche die Werke in Stimmung erhalten. Seit einigen Jahrzehnten werden viele kleine Instrumente gefertigt, die auch in Deutschland, besonders in kleineren Musikhäusern, für Gesellschafts- und Tanzmusik, Abgang finden. Das Geschäft ist vorzugsweise in Wöhrenbach und Bellingen entwickelt, weiterhin in Löhrenbach, Schönwald, Unterkirnach und Furtwangen. Die größte Fabrik ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr im Schwarzwald, sie ist besserer Arbeiterverhältnisse halber von Wöhrenbach nach Freiburg übergesiedelt. Im Ganzen zählt man 1200 Firmen mit 2-200 Arbeitern. — Gleich der Uhrenindustrie beschäftigt die Musikwerkfabrikation auch verschiedene Hilfsberufe für Pfeifen aus Kinn oder Holz, Schallbecher aus Messing, Blasehänge, Messingageteilen, Walzen und Gehäuseschneiden zc., deren Arbeiterzahl sich auf 100-150 beläuft. Nur Förderung der Musikwerkfabrikation bestehen seit 1868 in Wöhrenbach, Unterkirnach, und seit 1873 auch in Bellingen Musikschulen, in welchen durch einen Wanderlehrer zweimal wöchentlich Unterricht in der Musiklehre und ausübenden Musik erteilt wird. Eine weitere musikalische Spezialität ist am westlichen Fuße des Schwarzwaldes entstanden, auf Waldkirch sich beschränkend: die Drehorgelfabrikation. Dieselbe nahm ihre Entstehung zwischen den Jahren 1814 und 1816 durch Ignaz Bruer und erbte sich in der Familie weiter fort. Vier Firmen, drei desselben Familiennamens, fertigen hier das auf Jahrmärkten unentbehrliche Musikinstrument mit 70 Arbeitern an; der Preis desselben geht von M. 120-5000. Auch in Waldkirch besteht eine Musikschule. In Deutschland werden sonst keine Drehorgeln gemacht. Auch die Kirchenorgelfabrikation ist im Lande vertreten. Ein hervorragendes Geschäft befindet sich in Durlach (34 Personen), ein kleines in Ueberlingen; auch finden sich in Heidenberg, Waldkirch, Freiburg und Ueberlingen kleinere Werkstätten für Orgelbauarbeiten. In Oppenau ist eine Werkstätte für Orgelbestandteile und in Bellingen eine Fabrik von Pfeifen für Orgeln und Oboeninstrumenten. — In Mannheim befindet sich noch eine Pianofortefabrik mit 81 Arbeitern. Andere musikalische Instrumente werden im Lande planmäßig nicht hergestellt. Bis zum Jahre 1881 wurde die Herstellung musikalischer Instrumente in Baden, wie in ganz Deutschland noch zum Kleinergewerbe gerechnet; aus der Statistik ist zu entnehmen, daß damals im Oberheinkreis 35 Meister mit 108 Gehilfen thätig waren. Was jene 35 Alles fertigten, ist nicht zu ersehen. Die vermehrte Arbeiterzahl weist heute auf einen bedeutenden Aufschwung des Geschäftes hin. Im ganzen Lande wurden 1881 gezählt 84 Meister für musikalische Instrumente mit 203 Gehilfen. (Vgl. Gewerbebl.)

Die Berliner Musikinstrumenten-Fabrikanten haben am 7. Januar einen Vortrag halten lassen, von Professor Fischer, über: „Die Notwendigkeit der Gründung einer Preussischen Fachschule für Musikinstrumentenbau.“ Ob der preussische Staat um Unterhaltung einer eventuell zu gründenden Schule angebetelt werden soll, wissen wir nicht, kommen aber unwillkürlich auf diesen Einfall, denn wenn man nicht etwa auf dessen Hilfe rechnete, brauchte man doch nicht gerade eine „Preussische“ sondern einfach eine Fachschule usw. zu gründen.

Der Niederländische Möbelarbeiter-Bund, welcher am 25. und 26. Dezember in Utrecht tagte, beschloß, eine Petition an maßgebender Stelle einzulegen, in der um Schaffung eines Gesetzes, das für Arbeiter die Staatspensionierung (Alters- und Invaliditätsversicherung) zum Grunde hat, ersucht werde. Ferner beschloß der Kongreß, die Patrons (Meister) aufzufordern, keine Begehungen anzunehmen, welche nicht vordosende anderwozu Zyn, welche nicht gute Vorbildung haben. Der nächste Kongreß soll in Amsterdam stattfinden.

Die Fabrikanten von Holzverarbeitungs-Maschinen in den Vereinigten Staaten haben am 6. Dezember in Cincinnati ihren Traktat abgeschlossen. Das festgesetzte Kapital soll ungefähr zwanzig Millionen Dollars betragen. Die näheren Bedingungen des Traktates sind nicht bekannt. Wie es heißt, haben alle bedeutenden Fabrikanten der Branche sich bereits dem Traktat angeschlossen.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter dauert fort. Leider ist die Zahl der zugereisten Streikbrecher eine bedeutende. Von den Streikenden selbst sind verhältnismäßig Wenige abgefallen. Wie der Kampf enden wird, ist heute noch nicht abzusehen. Die Unterstützung ist heute, 12. Januar, an die Streikenden prompt ausgezahlt worden. Viele haben freiwillig auf dieselbe verzichtet. Zugang ist allseits dringend fernzuhalten.

Der Gewerbeverein, das Organ der deutschen Gewerbevereine, herausgegeben von Dr. Max Hirsch, bringt in der letzten Nummer folgende bezeichnende Notiz:

Der Hamburger Hafenarbeiterausstand hält nun schon sechs Wochen an, und es ist immer noch nicht abzusehen, wann er sein Ende finden wird. Da richtet denn die Zentralstreikkommission einen Aufruf an die Arbeiterchaft Deutschlands und bittet darin um Zuführung von Mitteln zur Unterstützung. Der Aufruf trägt die Unterschriften von neunundzwanzig Gewerkschaftsführern mit Angabe der betreffenden Gewerkschaften. Die Kommission hat den Aufruf auch an uns zum Abdruck im „Gewerbeverein“ eingeklagt, den wir aber ablehnen müssen, denn wollte man offiziell unter den Gewerbevereinen Gelder sammeln, dann hätte man unsere Gewerbevereine bzw. den Zentralrat angehen müssen, den Aufruf zu unterschreiben. Wir haben eine ansehnliche Anzahl unter unseren Gewerbevereinen, die erheblich größer sind, als sie auf dem Flugblatt verzeichnet stehen. Eine Korporation von mehr als 70 000 Arbeitern aber einfach links liegen zu lassen, und sie dann kurzer Hand zu erlösen, Gelder zu sammeln, ist gelinde ausgedrückt, etwas stark. Wo wir mithalten sollen, wollen wir auch mithalten. Auffällig ist es auch, daß eine Anzahl größerer Gewerkschaften unter dem Aufrufe fehlt. — Wie wir hören, sind von unbetheiligter Seite neue Einigungsversuche im Gange. Es wäre dringend zu wünschen, daß recht bald ein ehrenvoller Friede zu Stande käme.

Diese Fellen kennzeichnen so recht den rückwärtigen und arbeitfeindlichen Standpunkt der Leiter der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine. Freilich, wir begreifen es, daß die arbeitfeindlichen Leiter nichts für die streikenden Hafenarbeiter thun wollen, könnten sie doch in sozialistischen Geruch

kommen, und das Schandregiment vor Fürsten- und Ministerthürnen mit armfälligen Bittelschreien unter dem Arm, könnte einen argen Stoß bekommen, und das muß vermieden werden, denn wenn das Petitioniren um alles Mögliche und Unmögliches aufgehört, dann hat die Herrlichkeit der harmoniebuselnden „Führer“ aufgehört. So lange man den Arbeitern noch mit dem Petitionsbogen Sand in die Augen streuen kann, ist's noch eben möglich, sie in Verbindung mit der Unterstützung aus allerlei Käuhen zusammenzuhalten. Das Blatt prahlt damit, daß eine ansehnliche Zahl unter den Gewerbevereinen seien, die erheblich größer seien, als die auf dem Flugblatt verzeichneten. Das ist eine lächerliche Redensart, und kennzeichnet die Ohnmacht und Ueberhebung der Herren zugleich. Was sind denn 70 000 Mitglieder der Gewerbevereine seit 28jährigem Bestehen und dazu fast aus allen Berufen zusammengenommen? Gar nichts. Wenn die beiden größten Organisationen, die der Metallarbeiter und Holzarbeiter, die beide zusammen mehr Mitglieder aufweisen als die gesammten Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine, nicht unter dem Flugblatt standen, so trug bezüglich des Letzteren und des Buchbinder- und Handschuhmacherverbandes ein fataler Umstand in unserer Reihe die Schuld daran. Wir hatten telegraphisch die Vollmacht von allen drei Vertretern erhalten, deren Unterschrift zu geben. Leider kam uns das Telegramm erst Sonntags Morgens zu Gesicht, als das Flugblatt bereits gedruckt war. Im Uebrigen geht aus der Aeußerung des führenden Organs der Gewerbevereine recht deutlich hervor, daß die Gewerbevereinsführer überhaupt nicht gewillt waren, etwas für die im Kampfe stehenden Hafenarbeiter zu thun. Mit der Zuführung des Flugblattes hat man den sonst Solidarität heuchelnden Patronen nun doch eine passende Gelegenheit gegeben, sich mit faulen Gründen aus der Klemme zu ziehen. Die Streikkommission hätte es sich denken können, daß „Führer“, die nicht nur bloß mit den Unternehmern liebäugeln, sondern auch noch die Streikbrecher für sie anwerben, sich für Sammlungen zum Zwecke der Unterstützung Streikender nicht interessieren, geschweige denn noch in's Mittel legen.

In der Weiskensfelder Schuhwaaren-Industrie ist eine Lohnbewegung zum Ausbruch gekommen. In einer der ersten Schuhfabriken wurde die Arbeit bereits eingestellt. Es wird befürchtet, daß der Streik sich auf alle Fabriken ausdehnt.

Die Berliner Schuhmacher beschloßen, die für die Arbeiter entwürdigenden Bestimmungen des Fabrikanten-Arbeitsnachweises nicht anzuerkennen und in einer weiteren Versammlung endgültig dazu Stellung zu nehmen.

In Stendal ist ein Streik der Tabakarbeiter in der Dörschen Fabrik zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat den Beschluß gefaßt, die Gründung eines Arbeiter-Sekretariates oder eines ähnlichen Instituts fallen zu lassen. Man ist hierbei von dem Grundsätze ausgegangen, daß durch Schaffung von Zentralstellen für die Gesamtheit der am Plage dominirenden Gewerkschaften den einzelnen Branchen die freie Entfaltung ihrer Agitations- und Organisationsfähigkeit genommen sei. Die Gründung derartiger Institute sei nach Ansicht mehrerer Versammlungsredner verfrüht.

„Die Gewerkschaft“, so ist der Titel eines neuen Kampforgans, das die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben (Gasanstalten, Straßenreinigung, Kanalisations-Wasserwerken zc.), auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute vertreten will. Das Blatt ist so groß wie das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, erscheint in Berlin S 26, Scharfstr. 141 a, und kostet vierteljährlich 40 M.

Ein Kongreß der Steinarbeiter findet am 24. Januar und folgende Tage in Hof, ein solcher der Maler in Kassel am 26. Januar und folgende Tage statt.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat über die Oefenfabrik von Welter & Co. in Sursee (Kanton Luzern) die Sperre verhängt, weil die Firma eine Anzahl Arbeiter wegen Zugehörigkeit und Gründung einer Gewerkschaft gemahregelt hatte. — In Ropenhagen mahregelte die „Wirkverforgungs-gesellschaft“ aus dem gleichen Grunde eine Anzahl Milchkuher. Diese haben nun eine Aktiengesellschaft gegründet, zu der das Gründungs- und Betriebskapital durch Aktien à 10 Kronen zusammenggebracht wurde. Die Sympathie der Bevölkerung mit den gemahregelten Käuheren bürgt für die Prosperität des Unternehmens.

Das internationale Buchdruckersekretariat in Bern hat für die Unterstützung der in einem Lohnkampfe stehenden italienischen Buchdrucker eine Extrasteuer von 10 Eis. pro Woche beschloßen.

Ein Kongreß der Feldarbeiter Ungarns ist zum 30. Januar nach Budapest einberufen. Als Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Bericht über die Lage der Feldarbeiter; 2. die Forderungen der Feldarbeiter: a) Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, b) Rentenprogramm, c) Ausbreitung der Arbeiterkassengelege, d) die Feldarbeiter und Schaffung neuer Arbeiterkassengelege, e) Abschaffung des Dienstbotengesetzes, f) die Ausdehnung der politischen Rechte auf die Feldarbeiter; 3. die Feldarbeiter und die politischen Parteien; 4. Organisation der Feldarbeiter; 5. das Flugblatt und die Presse; 6. Wahl eines Exekutivcomitès. Die Auzugung, den Kongreß abzuhalten, ging von 15 Ortshosten aus.

In Marseille (Frankreich) haben sämtliche Fische die Arbeit eingestellt, weil die städtische Behörde verordnete, daß ihre Fische, anstatt wie sonst mit einer Giffersblattwaage, mit Zellerwaagen gewogen werden sollten. — Der Streik der Maschinisten in Melbourne ist infolge gegenseitiger Zugeständnisse beigelegt.

Die Streiks in Frankreich 1895. Der Statistik des „Office du Travail“ zufolge hat die Streikbewegung in Frankreich im Jahre 1895 eine Steigerung erfahren, die jedoch bloß die Zahl der Arbeitsstellen betrifft, während die Zahl der Streikenden, sowie der verlorenen Arbeitstage gegenüber 1894 sank. Die Statistik verzeichnet für 1895 405 Streikereignisse 891 im Jahre 1894; die Zahl der Beteiligenden betrug 45 801 (1894 54 576), die der verlorenen Arbeitstage 617 469 (1894 1 062 280).

Am stärksten beheiligte war die Textilindustrie mit 141 Streiks und 14 841 beheiligten Arbeitern; vollen Erfolg hatten von diesen bloß 32 Arbeitsstellen und 3000 Arbeiter.

Der Betrieb der Arbeiter-Glashütte in Albi in Südfrankreich hat am Neujahrstage begonnen. Die beiden Oefen der Glashütte können in 24 Stunden ungefähr 16 000 Flaschen produzieren. Der eine liefert das Extra-clair-Glas, der andere das Berre-Cognac. 40 Arbeiter bedienen jeden Ofen.

Ein Kongreß der Glasarbeiter Italiens findet gegenwärtig in Mailand statt.

Streiks in Deutschland und in den industriellen bedeutendsten Ländern Europas.

Deutschland:	1894	1895
Zahl der Streiks	131	264
Zahl der beheiligten Arbeiter	7 328	14 032
Dauer der Streiks in Tagen	6 153	7 210
Oesterreich:		
Zahl der Streiks	159	205
Zahl der beheiligten Arbeiter	44 075	40 038
Dauer der Streiks in Tagen	566 463	522 000
England:		
Zahl der Streiks	1 061	876
Zahl der beheiligten Arbeiter	324 245	263 758
Dauer der Streiks in Tagen	9 822 096	5 542 652
Frankreich:		
Zahl der Streiks	391	405
Zahl der beheiligten Arbeiter	54 576	45 801
Dauer der Streiks in Tagen	1 062 480	617 469

Auffallend ist die ganz außerordentlich kurze Dauer der Streiks in Deutschland, während England mit seinen guten Organisationen eine ungewöhnlich lange Dauer der Streiks aufweist.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Das bauernde Zusammentreffen eines Arbeiters zur Geschäftsstelle gilt als Grund zur sofortigen Entlassung, die gesetzliche Kündigungsfrist verliert in einem solchen Falle ihre Gültigkeit. Legitim wurde in Berlin ein Fall verhandelt, wo ein Arbeiter beim Gewerbegericht klagbar geworden war, der wegen Zusammentreffens ohne Kündigung entlassen wurde. Das Gericht wies den Kläger ab, weil der Beklagte glaubhaft machte, daß er den Arbeiter einige Male zur Pünktlichkeit ermahnt hatte.

Technisches.

Ueber den Werth von Violinen im Besitz großer Künstler, giebt Nachseher des dem „Obervogt. Anzeiger“ Entnommenen, einen interessanten Aufschluß. Saraiate reißt gewöhnlich mit zwei Stradivarius-Violinen, von denen eine, die minderwerthige, als der rothe Stradivarius bekannt ist. Bei seiner letzten Tournee in Amerika bot ihm ein Herr für diese Violine M. 4000, die der Künstler ablehnte. Als er nach Europa zurückgekehrt war, bot derselbe Herr M. 12 000 und später M. 20 000, beide Male erfolglos. In der vergangenen Woche erhielt nun Saraiate wieder ein Gebot und zwar von 80 000 Dollars (M. 120 000). Aber auch auf diese verlockende Offerte ging der Künstler nicht ein, sondern theilte dem Herren mit, daß die Violine unverkäuflich sei, daß er nicht die Absicht habe, sich von einem bewährten Freunde zu trennen.

Briefkasten.

- Gastrop, M. W. Ihr wohlgemeinter Appell ist jetzt nach der Urabstimmung überflüssig geworden. Wie Sie aus dieser Nummer ersehen, ist der Beitrag, Ihrem Wunsch entsprechend, erhöht worden.
- Leipzig, M. W. In Neustadt, Neckb., Bugteuhde, Leipzig, (zu erfragen bei Herrn E. A. Martin, an der Pleiße 8), Kreis i. W., Herba, Fachschule für Kunstschüler in Albin und Flensburg, Lemgo i. Lippe.
- Lauterberg, K. O. Konnten nicht erfahren, wer zusammenlegbare Schwindmühle liefert. Fragen Sie einmal bei Arnoldi, Hamburg, Rathhausstraße, an.
- Triebberg, K. S. Hirschhorngriffe liefern F. Boret in Lübenau und Fr. Haarbans jun. in Elberfeld.
- Braunschweig, K. Vorfedernadeln mit Dreckschwappen liefert Herr E. A. Martin, Leipzig, An der Pleiße 8.
- Dresden, S. L. Die Mischung kann mit ordinärem Fichtenharz geschehen, ähnlich wie die Sägespähne und sonstige kleine Holzabfälle zu den sogenannten Holzanzändern präparirt werden.
- Tangermünde, O. S. Der Betrieb, in dem Sie arbeiten, würde nur dann unsallversicherungsplichtig sein, wenn 10 Personen darin beschäftigt sind. Maschinen mit Fuß- und Handbetrieb zählen nicht zu denjenigen, die mit elementarer Kraft arbeiten; in letzterem Falle genügt eine Person, und der Betrieb ist versicherungsplichtig. Sie haben also nichts weiter zu beantragen, als das Ihnen zustehende Krankengeld.
- Bruch, J. C. Gemäß hat der Meister das Recht dazu, und Sie haben das Recht, die Arbeit nach vorausgegangener Kündigung zu verlassen.
- Kempten, M. S. 1. Ja; 2. Nein.
- Göttingen, P. R. Wir empfehlen Ihnen das Buch „Wesen, Schelten und Posten“, Preis M. 4.50, welches Sie von uns beziehen können.
- Stuttgart, A. W. Zu dem Zwecke eignet sich wohl kein anderes Mittel als flüssiges Gummi, das Sie in dortigen Geschäften erhalten dürften.
- Oldenburg, D. R. Solche Stühle resp. Pfefflechte dürften Sie bei der Firma A. Ehrich & Co., Adolf Vogelhaubt in Leipzig, ferner bei Ernst Schmidt, Berlin O 17, Gröner Weg 78, sowie bei F. Meyer, Berlin O, Andreasstr. 23, erhalten.
- Pforzheim, J. S. „Der Bauhandwerker“, Berlin SO, Rantekuffstr. 14.
- Stettin, P. W. S. W. D. Bohle, Hamburg St. Pauli, Marktstr. 115. P. Blott, Bremerstr. 12. Beide in Hamburg.
- Werden a. d. Ruhr, E. S. „Centralblatt für Holz-Industrie“ in Erier, „Der Holzhandler“ in Dülmen, „Holzverkaufsanzeiger für Rheinland und Westfalen“ in Neulinghausen.
- Leipzig, M. L. Wer gebrochene Möbelverzierungen liefert, wissen wir leider nicht; vielleicht giebt es aber bei Kollegen Kunstst.

Literarisches.

Im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ (Dresden, Berggasse 1) erschien...

Quittung.

Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember sind von den Verwaltungen...

An Abonnementsbeträgen sind eingegangen aus: Bern (S. Sch.) 3,90, Basel (S.) 3,90, Berlin (S.) 4,00, Bielefeld (S.) 1,—...

Für die reisenden Hamburger Hafenarbeiter sind bei uns ferner eingegangen: Baden-Baden (Gewerkschafts-Karte) 16,—...

Auktion 84,60, durch G. Müller 1,50 als Betrag einer Seite von der Generalversammlung in Koburg; welcher quittiert...

Die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 3 in Hamburg.) Bekanntmachung des Vorstandes.

Laut Beschluß der 14. Generalversammlung, welche vom 28. Dezember v. J. bis 1. Januar d. J. in Koburg tagte...

Der Vorstand. J. v. S. Blume.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 104.)

Altona. Dienstag, 19. Januar, im Lokale der Wwe. Ehler, Norderstraße 37. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, Abends präzis 8 Uhr, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Hamburg. Sonntag, 16. Januar, im Lokale des Herrn A. Rüdiger auf Hoheluft. Ausserordentliche Mitgliederversammlung...

Schweinfurt. Bevollm. Heinrich Thum. Kassier Johann Höfing. Versammlungslokal bei Chr. Hoffmann...

Weida i. Th. Bevollmächtigter Herrmann Lindig, Stegstr. 119. Kassier Albrecht Dankwitz, Burgstr. 75.

Sollte der Schreiner Josef Weser, geb. 29. Mai 1862 zu Uznach (Schweiz), Buch-Nr. 81794, irgendwo auftauchen oder der Aufenthalt desselben Kollegen bekannt sein, so bitten wir, uns den Schwindler sofort nachhaft zu machen...

Die Ortsverwaltung Rumpitz, Restaurations-Keller, Damngasse.

Das Mitglied Adolf Götter, Buch-Nr. 67488, wird hiermit aufgefördert, die beiden aus unserer Bibliothek entnommenen Bücher sofort zurückzugeben...

Die Ortsverwaltung Rumpitz, J. v. S. Bulff.

Dem Tischler Johann Wilschel, geb. den 16. 5. 47 zu Baran, ist sein Mitgliedsbuch Nr. 70976 in Leipzig abhanden gekommen...

Ferner: Die Tischler Conrad Zimmerer, geb. den 8. 2. 77 zu Erlangen, Buch-Nr. 74982, und Wilhelm Pahl, geb. den 22. 2. 76 zu Hohenwehnd, Buch-Nr. 45656, haben ihre Mitgliedsbücher hier im „Koburger Hof“ zurückgelassen...

H. Geidel, Bretzler, Leipzig, Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Leipzig. Sidonienstr. 41, 5th., 2. Et.

Zwei tüchtige Bürstenmacher und ein Holzwerker

finden sofort dauernde Beschäftigung bei J. Fiala, Briesg (Bez. Breslau).

Ein Anwesen

m. Schreinererei, Wasserkrast u. Krämerei, bei einem schönen Parksteden und Bahnstation Oberbayerns gelegen, billig zu verkaufen.

Titus Axen vorm. J. H. Löwenhagen Rathhausmarkt 2, Altona. Spezialität: Tischler-Werkzeuge. Preislisten gratis. Garantie für solide Arbeit.

Fournierpressen

keine Bode, allgemein schon eingeführt, bei F. Grünig, Offenbach a. M.

Fachschriften!

Kataloge gratis und franko. Joh. Cassenbach, Buchvertrieb, Berlin 4.

Selbstthätiger Schrankthürriegel

D. R. G. M. Nr. 62912. Schließt und öffnet sich ohne Handgeiß; leicht anzuschlagen! 1 Paar Proben gegen 30 % in Briefmarken, Hubert Nühren & Co., Döhrenlinburg.

Wenn Sie sparen wollen, fragen Sie nur das wegen seiner Sorgfältigkeit überall rühmlichst bekannte

Fellen-Hemd, bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm, waschecht, nicht einlaufend. Brust- oder Achselmaß 2,50 mittel 2,75 groß 3,-

Akazien-Stämme

in Waggonladung kauft F. W. Schmitz, Berlin, Kanonenstr. 31/32.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kautschukstempel, sowie alle Druckerarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth Konrad Müller, Schützenstr. 10, Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Perlenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelavschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Filzsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. reifiziertes 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Preisdiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: H. Kaste. — Druck: Hamb. Buchdruckerei und Verlagshaus Auer & Co. in Hamburg.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittag in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

Herrnburg. Vertrauensmann Wilhelm Büttcher, Büttcher 15. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.